H 8040 F
Nummer 52
Mai/Juni '98
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

Keine Panik:

Nur 192.086 Protest-wähler!

In diesem Heft:

Landtagswahl in Sachsen-Anhalt +++ Naziaufmarsch am 1. Mai +++ Zensur bei der „Wehrmachtsausstellung" +++ „Junge Freiheit" +++ Wehrmachtsorden und Bundeswehr +++ Esoterik +++ Anthroposophie

Inhalt

1. Mai 1998 - NPD-Aufmarsch in Leipzig
Seite 3
Neo-Faschist(innen) provozieren mit Kleinstaufmärschen
Seite 5
Kundgebung vor der Paulskirche
Seite 7
Wahlerfolg für DVU
Seite 8
Mit Orden blieb der alte Geist
Seite 9
„... für Führer, Volk und Vaterland“
Seite 10
Zufall schreibt man mit CV
Seite 12
IGfM Urteil
Seite 13
Anthroposophie
Seite 14
Praktische Ethik an der TU-Braunschweig
Seite 15
Gerhard Löwenthal knüttert wieder!
Seite 16
Faschistoides „Geistkapital“ der Anti-Antifa
Seite 17
Zensur bei der Wehrmachtsausstellung
Seite 19
Zombie auf dem Zeitungsmarkt
Seite 20
„Wo Linke sind, da gibt es Ärger“
Seite 22
„Was ist rechts an der Esoterik?“
Seite 23

Impressum

Postanschrift: DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Hausanschrift: Rolandstr. 16
30161 Hannover. Tel.: 0511 / 3360209
Postgiro Hannover
Nr. 44 55 86 - 301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6 x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Anstelle eines „richtigen“ Editorials diesmal ein kurzes knappes Vorwort. Angesichts der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt und des NPD-Aufmarsches in Leipzig am 1. Mai, worüber wir in diesem Heft berichten wollen, hat sich das Erscheinen dieser Ausgabe etwas verzögert. Das bitten wir alle Leser und LeserInnen zu entschuldigen! Aber ein Wahlergebnis mit 13% DVU-Wählerstimmen und einen Aufmarsch von militanten Neofaschisten in dieser Größenordnung wollten wir nicht erst in zwei Monaten zum Thema machen.

Die nächste Ausgabe von DER RECHTE RAND erscheint Anfang Juli. Redaktionsschluß ist der 14. Juni 1998.

Berichtigung

In der letzten Ausgabe (DRR Nr.51) berichtete Peter Hildebrandt auf den Seiten 17 und 18 über die Aktivitäten der NPD und „Jungen Nationaldemokraten“ in Dresden. Dabei ist beim Layout die Anzahl der Neonazis, die gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ in Dresden demonstriert haben, von 1.200 auf 600 verändert worden. Das bitten wir zu entschuldigen. Ferner ist auf Seite 18, auf dem oberen Foto der linken Spalte, die links abgebildete Person nicht identisch mit **Jürgen Distler**, dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der NPD.

Terminankündigungen

Wien: Burschenschafterkommers

Am 16. Mai soll in Wien ein Burschenschafterkommers anläßlich des Jubiläums der 1848er Revolution stattfinden. Das „Bündnis Antinationaler Gruppen“ (BANG!) plant dazu unter dem Motto „Katzenmusik gegen Staat und Patriarchat! Antifaschistisches RAVEolutionäres Ringspektakel“ eine Gegenveranstaltung. Treffpunkt: 18h Rampe vor der Uni Wien, Karl Lueger Ring 1.

Weitere Infos: BANG!, c/o OEH GRUWI, PF 101, A-1096 Wien, Österreich

„Wider die Gewöhnung - Der rechte Zeitgeist und seine Abwehr“

Am 15. und 16. Mai 1998 veranstaltet die Bundestagsgruppe und der Parteivorstand der PDS in Nürnberg die Konferenz „Wider die Gewöhnung - Der rechte Zeitgeist und seine Abwehr“. Als Referentinnen und Referenten sind unter anderem geladen: Christoph Butterwegge, Fred Dellheim, Ulla Jelpke, Kurt Pätzold und Ulrich Schneider.

Am ersten Tagungstag soll eine Diskussion um die Frage „Rechtsstaat oder rechter Staat?“ geführt werden und am zweiten Tag werden Arbeitspruppen zu „akzeptierender Jugendarbeit“, zu „kultureller Hegemonie“, zum „Extremismus der Mitte“ und zu antifaschistischen und antirassistischen Arbeitsmöglichkeiten angeboten.

Interessierte wenden sich an: PDS Bundesvorstand, z. Hd. Klaus Böttcher, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Tel.: 030-24009447, Fax: 030-24009342

Antifaschistisches Camp

2.-5. Juli ‘98: Die „Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO) veranstaltet auf der Jugendburg Ludwigstein bei Witzenhausen/Göttingen ein antifaschistisches Camp unter dem Motto „Organisiert den revolutionären Widerstand!“ Unterschiedliche Gruppen sollen aufeinandertreffen und sich an der Diskussion über den Stand der antifaschistischen Linken beteiligen. Ziel ist es, Schwächen und Stärken bisheriger Ansätze aufzuzeigen, sich kritisch mit der Politik der AA/BO auseinanderzusetzen und Perspektiven zu entwickeln. Anmeldeschluß: 29. Mai 1998

Anmeldung und Infos: Autonome Antifa (M), c/o Buchladen, Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen, Tel./Fax: 0551/549081

Antifaschistisches Jugendtreffen

Berlin, 6. Juni1998. Alle jungen AntifaschistInnen aus einem breitem politischen Spektrum sind aufgerufen auf einem vom „Bund der Antifaschisten“ organisiertem Treffen gemeinsam zu diskutieren, sich kennenzulernen, mit- und voneinander zu lernen, gemeinsam Strategien zu entwickeln und auch zusammen zu feiern. Verschiedene Foren sind vorbereitet: Vormarsch der Nazis - Analysen & Gegenstrategien; Saalfeld als Vorbild? - Der Umgang von Politik, Polizei & Medien mit rechter Organisierung und antifaschistischem Protest; Rechtsruck an den Unis?; Workcamps & Gedenkstättenarbeit; Antifaschistische Medien; Antimilitaristische Arbeit; Antifa-Arbeit an Schulen; Kein Mensch ist illegal - Perspektiven linker Flüchtlingsarbeit.

Weitere Informationen und Anmeldung: Bund der Antifaschisten (Dachverband) e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Fax: 030/29784179

„Tretet heraus aus der Zuschauerdemokratie!“

Zu einer bundesweiten Großdemonstration in Berlin ruft ein Aktionsbündnis von Arbeitslosen, GewerkschafterInnen, Studierenden, Basisgruppen, Kircheninitiativen und TrägerInnen der „Erfurter Erklärung“ auf. Aus dem Aufruf: „Ein neuer Kanzler genügt nicht! Wir wollen eine neue Politik!“ Gefordert wird neue, gerechte Verteilung der Arbeit, eine soziale und ökologische Steuerreform, gleiche Bildungschancen, Demokratie, eine neue Friedenspolitik und eine neue Weltwirtschaftsordnung. Infos über: hbv-thueringen@t-online.de

Berlin: 20. Juni ‘98, 12.00 Uhr. Auftaktkundgebungen: Blücherplatz, Chaussee-/Schwarzkopfstraße, Velodrom (Werner-Seelenbinder-halle)

Peter Gröger

1. Mai 1998 - NPD-Aufmarsch in Leipzig

Die „Jungen Nationaldemokraten“ bestimmen die Linie der NPD Wer bestimmt die Linie der „Jungen Nationaldemokraten“?

München im März 1997, Passau im Februar 1998 und Leipzig am 1. Mai 1998: das ist die kurze Reihe der großen Mobilisierungserfolge der NPD im neuen Gesicht. Mehrere tausend Mitglieder und UnterstützerInnen kann die 1964 gegründete, und damit älteste neofaschistische Wahlpartei in Deutschland, zur Zeit für ihre großen Aufmärsche mobilisieren. Damit hat sie die Führungsrolle bei den militanten Neofaschisten übernommen. Daß das so ist, ist im wesentlichen der Verdienst ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN).

Drei Anläufe machte die Stadt Leipzig, um die für den 1. Mai angekündigte Großdemonstration der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) zu verbieten. Doch sie scheiterte am Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Bautzen. Da die NPD eine legale Partei sei, könne ihr auch nicht von staatlicher Seite entgegengehalten werden, daß sie bei ihrer Kundgebung verfassungsfeindliche Ziele vertrete. Solange die NPD nicht vom Bundesverfassungsgericht verboten sei, dürfe sie auch ihre parteipolitischen Auffassungen vertreten, vertrat das sächsische Oberverwaltungsgericht. Und so wurde die Kundgebung der NPD vor dem Leipziger „Völkerschlachtsdenkmal“ genehmigt, nur ihre geplante Demonstration wurde untersagt.

Dieses Demonstrationsverbot trübte die Stimmung, besonders die der Jungnazis, ein wenig, aber letztlich wird allein die Durchführung der Kundgebung sicherlich als Erfolg bei der NPD/JN verbucht. Angereist waren die Nazis mit PKWs, der Bahn und ca. 60 Reisebussen. Mobilisiert wurden rund 4.000 TeilnehmerInnen, was in etwa der Größenordnung von Passau und München entspricht. Angekündigt hatte die NPD großmäulig 15.000 TeilnehmerInnen.

Der Versuch, auf dem Kundgebungsgelände einen Demonstrationszug zu formieren und damit aus der Polizeiabsperrung auszubrechen wurde von der Polizei vereitelt, die dabei auch mit Flaschen und Steinen angegriffen wurde. Angeführt wurde dieser Ausbruchsversuch im wesentlichen von Anhängern der „Freien Nationalisten“, dem mehr oder weniger lockeren Zusammenschluß von „Kameradschaften“ unter der Führung der alten Hamburger GdNF-Kader **Christian Worch** und **Thomas Wulff**, die sich nicht dem Führungsanspruch der NPD/JN unterordnen wollen. Diese waren eh schon stinkend sauer, wurde ihnen doch trotz massiver Forderungen kein Rederecht auf der Kundgebung eingeräumt. Daß sie mit ihrem Pseudoversuch eine Demonstration durchzuführen noch während (!) der Kundgebung der NPD begannen und dabei einen Großteil der Jungnazis mitzogen, dürfte die Einheit der Neonazis nicht gerade gefördert haben. Überhaupt hatten die NPD/JN-Ordner erhebliche Mühe, den Nazi-Mob unter Kontrolle zu halten, der überhaupt keine Lust verspürte, den müden Reden und dem Gestammel der Redner zuzuhören und mehrfach fast mit Gewalt gezwungen wurde, sich nicht von der Kundgebung zu entfernen und auf vermeintlich gesichtete AntifaschistInnen zuzustürmen. Redner auf der Kundgebung waren u.a. der NPD-Vorsitzende **Udo Voigt**, der Landesvorsitzende der NPD in Sachsen, **Klaus Petzold**, **Peter Marx** als „sozialpolitischer Sprecher“ der NPD, **Sascha Roßmüller** für die „Jungen Nationaldemokraten“ sowie der bei allen Neofaschisten gerngesehene **Wolfgang Juchem**.

Daß die vielbeschworene Disziplin unter den „Kameraden“ stetig nach unten sinkt, bewies auch schon der 25.4. 1998 in Bad Hersfeld, als, zu einer von der NPD vollmundig als bundesweit angekündigten Demonstration ganze 15 Hanseln erschienen und daraufhin die Demonstration abgesagt wurde.



Christian Worch an der Spitze der „Freien Nationalisten“, die wenig Interesse daran hatten in Leipzig den NPD-Rednern zu lauschen

Protest und Widerstand - „Leipzig zeigt(e) Courage“?

Rund 10.000 Menschen versammelten sich am Vorabend des NPD-Aufmarsches auf dem Vorplatz des Völkerschlachtsdenkmals, um „Courage zu zeigen“. Zu diesem Zeitpunkt stand der endgültige Beschluß der Gerichte über die Zulassung von Kundgebung und/oder Demonstration der Nazis noch nicht fest. Unter dem Motto „Leipzig zeigt Courage!“ war im wesentlichen von gewerkschaftlicher Seite ein Open-Air-Konzert organisiert worden, bei dem neben lokalen Gruppen auch prominente wie BAB, Die Prinzen oder Heiter bis Wolkig auftraten. Das lockte natürlich die Masse, aber mit „Courage zeigen“ war es nicht weit her. Kaum das die letzte Band ihre Gitarren eingepackt hatte verließen die „couragierten LeipzigerInnen“ in Strömen das Gelände und überließen den Platz den Nazis. Einige hundert auswärtige AntifaschistInnen, die den Gerüchten über eine Platzbesetzung Glauben geschenkt hatten, mußten sich nachts um vier von der Polizei räumen lassen.

Auch eine von der IG Metall für den Morgen des 1.Mai angemeldete antifaschistische Protestkundgebung am selben Ort wurde noch in der Nacht, nachdem die Entscheidung über die Aufhebung des Verbotes des NPD-Aufmarsches bekannt geworden war, wieder abgemeldet. Auf diese Kundgebung hingewiesen - oder auf die Möglichkeit, durch eine Platzbesetzung wirklich Courage zu zeigen - hatte von der Bühne niemand. Dafür rief man dazu auf, sich am nächsten Morgen fernab des Geschehens an der offiziellen Maikundgebung des DGB zu beteiligen, „um den Nazis zu zeigen, wo in Leipzig der Hammer hängt“ ...

Die Organisatoren von „Leipzig zeigt Courage!“ sind stolz darauf, „ein Zeichen gesetzt“ zu haben. Stellt sich die Frage, wen das irgendwie beeindruckt.

Für Aufsehen in den Medien sorgten, neben dem Nazi-Aufmarsch an sich, die Auseinandersetzungen zwischen autonomen AntifaschistInnen und der Polizei. Mehr als 6.000 Beamte von Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz standen seit den frühen Morgenstunden in Bereitschaft, um das Recht auf Versammlungsfreiheit der Nazis zu gewährleisten. Das Gelände war mit Absperrgittern weiträumig gesichert, Reiterstaffeln, die Besatzungen von gepanzerten Räumfahrzeugen und Wasserwerfern und das berühmt-berüchtigte bayrische USK warteten auf Arbeit. Die bekamen sie dann auch.

Das ursprüngliche Konzept der AntifaschistInnen, welches von einem Bündnis, das weit über die Autonomen hinausging, getragen wurde, war, sich den Nazis entlang ihrer geplanten Demonstrationsroute entgegenzustellen. Dazu wurden von verschiedenen Organisationen entlang dieser Strecke antifaschistische Kundgebungen angemeldet. Mit dem Demonstrationsverbot wurde dieses Konzept hinfällig. In dieser Situation war es das Ziel der autonomen AntifaschistInnen, den Nazis den Zugang zum Kundgebungsgelände so schwer wie möglich zu machen. Dazu mußte so dicht wie möglich an das Gelände herangekommen werden, was auch etwa 4.000 Antifaschisten gelang, die in

ihrer übergroßen Mehrzahl zum Spektrum der Autonomen gehörten. Von anderen antifaschistischen Organisationen war kaum etwas zu bemerken.

Die Straßenschlachten von Leipzig begannen, als die Polizeikräfte die AntifaschistInnen mit martialischer Gewalt daran hindern wollten, überhaupt bis auf Sichtweite der Absperrgitter vorzurücken. Wo das gelang, wurde immer wieder versucht die Zufahrt der Busse zum NPD-Kundgebungsgelände zu verhindern. Dabei wurde zwar ein Teil dieser Busse beschädigt, aber die Konsequenz davon waren über einhundert Festnahmen und eine unbekannte Anzahl von Menschen, die durch Schlagstöcke und massivem Wasserwerfereinsatz verletzt wurden. Diese Auseinandersetzungen dauerten an, als die NPD-Anhänger längst auf dem Gelände versammelt waren und ihre Kundgebung begann. Selbst am nachmittag, als die AntifaschistInnen durch die Blockade einer Kreuzung versuchten, die geschlossene Abfahrt des NPD-Buskonvois durch die Leipziger Innenstadt zu verhindern, kam es immer wieder zu Polizeiübergriffen.

Den autonomen AntifaschistInnen gelang es nicht, die Durchführung der NPD-Kundgebung ernsthaft zu gefährden. Was sie erreichten, war so manchem Nazi die Erinnerung an diesen Tag einen bitteren Beigeschmack zu geben. Und sie haben demonstriert, das auch große Aufmärsche der Nazis nicht widerstandslos hingenommen werden.

Auch die Autonomen vergaben die Chance, durch das Besetzen des Kundgebungsplatzes am Vorabend des 1. Mai die Durchführung des NPD-Aufmarsches wesentlich schwieriger wenn nicht unmöglich zu machen. Die Möglichkeit dazu war da. Langfristig gesehen ist die Behinderung von Nazi-Veranstaltungen allein allerdings keine Perspektive, um den aktuellen Höhenflug des Neofaschismus zu stoppen.

„Hier marschiert der nationale Widerstand"

Spätestens seit der Großdemonstration im März 1997 in München gegen die "Wehrmachtsausstellung", an der sich mehrere tausend Alt- und Neonazis beteiligt hatten, ist deutlich geworden, daß die NPD und ihre Jugendorganisation JN die Führung bei den militanten Neofaschisten übernommen hat. Dabei verfolgt die Partei ein Doppelkonzept, mit dem sich sowohl die „alten Kameraden" anfreunden können, die als „Partei für Recht und Ordnung" seit 1964 in die Parlamente einziehen wollen, als auch die neue Generation von „Jungen Nationaldemokraten", die die Straßen zurückerobern und mit Hilfe einer „nationalen Revolution" das „Deutsche Reich" wieder auferstehen lassen wollen. Der Gedanke an „das Reich" eint beide Seiten.

Maßgeblich unter Führung der „Jungen Nationaldemokraten" finden seit ungefähr zwei Jahren nahezu an jedem Wochenende irgendwo in Deutschland - aber vor allem im Osten - kleinere und größere Naziaufmärsche statt. 100 bis 200 Teilnehmer scheinen die Regel zu sein.

Nachdem seit 1992 die bedeutendsten Organisationen der Neonazis, wie die „Nationalistische Front", die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) und diverse andere durch staatliche Verbote in die Defensive gedrängt worden waren konnten die JN die Führungsrolle, zumindest unter den Jungfaschisten, übernehmen. Diverse Funktionsträger der verbotenen Organisationen wurden in die Führungsspitze von NPD und JN aufgenommen.

In den 70er - und auch 80er - Jahren führte die NPD ein Schattendasein, herausgerissen nur durch erfolglose Wahlkämpfe, Skandale durch NS-Aktivitäten, besonders bei den JN, und einige wenige Großdemonstrationen wie den „Deutschlandtreffen". Die Mischung „Wahlpartei", der der Ruf einer Nachfolgeorganisation der alten NSDAP anhaftete, die aber unter schwarz-rot-goldenen Fahnen als „wahre Demokraten" mit Sinn für „Recht und Ordnung" auftrat, und die gleichzeitig versuchte neue Mitglieder zu werben, ging nicht gut. Denn viele ihre neuen Mitglieder wollten offen das vertreten, was ihre großen Vorbilder einst in die Welt trugen: die Idee des Nationalsozialismus. Heute trägt die NPD wieder schwarz-weiß-rot.

In der Parteispitze hatte sich seit Ende der 70er, trotz der Wahlniederlagen, die allein auf



Einsatzkräfte des bayrischen „Unterstützungskommandos" (USK) stoppen den Ausbruchsversuch der Neonazis

die Mitwirkung am Parlamentarismus hoffende Fraktion durchgesetzt, die ihre Politik durch offen auftretende Neonazis gefährdet sah. So kam es seit Ende der 70er Jahre zu einer Reihe von Parteiausschlüssen und in deren Folge zur Gründung von diversen rechts von der NPD stehenden Neonazi-Organisationen. In deren Tradition stehen fast alle der seit Anfang der 90er verbotenen Organisationen.

Die Qual der Wahl: „Elite-" oder „Massenorganisation"?

Eine Besonderheit stellt in diesem Zusammenhang die 1985 gegründete „Nationalistische Front" (NF) dar. Sie wurde 1985 im wesentlichen von Mitgliedern der nordrhein-westfälischen NPD, bzw. JN, aus dem Bielefelder Raum gegründet, die damit auch die Partei verlassen hatten. Die Linie der NF stand im krassen Gegensatz zur Politik der NPD und auch der damaligen JN. 1985 hatten die „Jungen Nationaldemokraten" laut Verfassungsschutzberichten zwar bundesweit um die 500 Mitglieder - doch das war mehr Schein als Sein. Von einer offensiven politischen Arbeit der Kreisverbände war - von regionalen Ausnahmen abgesehen - nichts zu sehen.

Die „Nationalistische Front" setzte auf „Klasse statt Masse" und begann eine Kaderorganisation aufzubauen. Themen ihrer Agitation waren unter anderem Atomkraftwerke, Solidarität mit nationalen Befreiungskämpfen und eine verbalradikale Kapitalismuskritik. Ihr Schlagwort war der „Befreiungsnationalismus".

Es gelang der NF - in Konkurrenz zu den bundesweit wesentlich bekannteren Nazi-Organisationen wie GdNF und FAP - eine verbindliche Struktur aufzubauen. Dazu schuf die NF Vorfeldorganisationen, in der sich Interessenten erst bewähren mußten, ehe sie sich um die Mitgliedschaft in der „Elite" ernsthaft bewerben konnten. Anzumerken ist an dieser Stelle, daß Anspruch und Wirklichkeit beim Aufbau ihrer Kader nicht unbedingt einhergingen. Wie im nachhinein bekannt wurde, war kaum eine andere Nazi-Organisation so sehr wie die NF von V-Leuten des Verfassungsschutzes und, wie jüngst bekannt wurde, auch mit einem Under-Cover-Agenten des „militärischen Abschirmdienstes" (MAD) durchsetzt.

Nach den Pogromen von Rostock und Hoyerswerda, 1992, wurde die NF als eine der ersten Nazi-Organisationen in den 90ern , verboten.

1992 hatte allerdings innerhalb der JN eine einschneidende Veränderung stattgefunden. Innerhalb ihrer Führung hatte sich eine Gruppe durchgesetzt, die ein ähnliches Konzept wie die NF es vormachte, aufgriff. Dazu wurden als erstes die „Karteileichen" innerhalb der JN-Mitgliedschaft „herausgesäubert". Die JN sollte zur Kaderorganisation werden.

Die Vordenkerrolle hatte in diesem Zusammenhang der „Nationaldemokratische Hochschulbund" (NHB) übernommen. Über deren Publikation „Vorderste Front" verbreitete eine relativ kleine Gruppe von Faschisten z.B. die Idee der „national befreiten Zonen". Sie nutzten den Freiraum, den der ohnehin nach außen tote NHB bot, geschickt für sich aus - inklusive der Geldmittel, die die NPD ihrer „Studentenorganisation" zu bieten hatte.

Über die „Säuberung" ihrer Organisation, nach 1990, hinaus begannen Mitglieder des Bundesvorstandes der JN mit etwas, was sich ihre Vorgänger - mit Rücksicht auf die Mutterorganisation NPD - seit etwa 10 Jahren nicht mehr gewagt hatten. Sie nahmen intensiven Kontakt zu den Führungen der zerstrittenen oder nebeneinanderher arbeiteten Organisationen der offensichtlichen Neonazis auf. So kam es dann zur Teilnahme von NPD- und JN-Delegationen bei den von der GdNF und FAP organisierten „Rudolf-Hess-Märschen" und zu Gastreferaten z.B. des jetzigen JN-Bundesvorsitzenden **Holger Apfel** bei GdNF-Unterorganisationen. Diese Öffnung hatte Bestand und diente dazu hellere Köpfe aus den Nazi-Organisationen FAP etc. herauszulösen und für die JN zu gewinnen.

Die Verbote ab 1992 müssen ein Geschenk des Himmels für die JN gewesen sein. Sie konnten ihren Funktionärsapparat mit erfahrenen langjährigen Kadern aus anderen Nazi-Organisationen aufstocken. Die Ergebnisse sehen wir heute.

Raimund Hethey

Tödliches Spiel: Neo-Faschist(innen) provozieren mit Kleinstaufmärschen

SPD und CDU-Innenminister attackieren mit aggressiven Polizeieinsätzen die Antifa

Mithilfe der legalen NPD-Struktur organisieren die bundesdeutschen Neo-Faschist(innen) im Bundestagswahljahr fast jedes Wochenende einen kleineren Aufmarsch oder andere Aktionen wie Konzerte oder Klebekolonnen. Am 14. März 1998 provozierten sie in Lübeck (Schleswig-Holstein), Neustrelitz (Mecklenburg-Vorpommern) und Saalfeld (Thüringen), eine Woche später versammelten sich ca. 300 Neo-Faschisten im sächsischen Zittau. Am 4. April sorgten sie durch eine Anmeldung einer Gegendemonstration für ein Verbot der Antifa-Demo in Leisnig (Sachsen). Am selben Tag liefen 100 Faschisten durch das niedersächsische Cloppenburg und forderten die Todesstrafe für „Kinderschänder".

Schwerpunkt-Gebiet bleibt bis zum Jahre 1999 das Bundesland Sachsen, weil die NPD dort gute Chancen hat, in den Landtag zu kommen. Sachsen hat nicht nur die angeblich schlagkräftigste Polizeitruppe gegen Rechts (SoKo Rex), nicht nur die reaktionärste Landesregierung mit **Steffen Heitmann** und **Siegmar Faust**, sondern im Augenblick auch den stärksten NPD-Mitgliederbestand. Zum 1. Mai rief die NPD zur größten Nazi-Demonstration der Nachkriegszeit in Leipzig für „deutsche Arbeitsplätze" auf.

Deswegen die Neuen Bundesländer gleich als „Braunzone" (früher: Ostzone) zu bezeichnen - wie Ex-Kommunist Elsässer in „konkret"- zeugt von einem arroganten Bewußtsein und stellt die Verhältnisse auf dem Kopf. In dasselbe Horn bliesen die anonymen SchreiberInnen des „Spiegels" und last but not least die Hetzer von der faschistoiden „Jungen Freiheit". Fassen wir zusammen: In Saalfeld „marschierten" um die 100 NPD-Gefolgsleute, aber 5000 AntifaschistInnen demonstrierten trotz massivster Eingriffe und Beschränkungen durch Polizei und Landratsamt gegen jeden rechten Konsens. Die Ereignisse im Frühling des Bundestagswahljahrs '98 sagen nicht nur etwas über die neo-faschistischen Anstrengungen aus, die politische Kultur in der BRD weiter mit ihrer menschenfeindlichen Ideologie zu besudeln, sondern sie machen auch deutlich, wie der Staatsapparat durch seinen Umgang mit AntifaschistInnen ein Klima der Einschüchterung über das gesamte Land verbreitet. Auffallend ist die Reaktion der auf Harmonie erpichten SozialdemokratInnen, deren Innenminister die rüdeste Gangart gegen die AntifaschistInnen einschlugen, wobei sie sich auch gegen eigene „GenossInnen" aus gewerkschaftlichen Zusammenhängen richteten.

Modell Saalfeld

Die ostthüringische Region Saalfeld-Rudolstadt gilt seit dem „Rudolf-Hess-Marsch" 1992 als Schwerpunkt neofaschistischer Aktivitäten. Waren die Neo-Faschisten im Sommer 1992 noch auf die logistische Unterstützung ihrer Kader aus den alten Bundesländern angewiesen, so sind sie mehr und mehr in die Lage gekommen, politisch selbständiger zu operieren. Der eine oder andere Kopf der West-Nazis nimmt zwar immer noch an Aktionen teil wie in Dresden (**Christian Worch**, ehemals Chef der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front", GdNF, **Thorsten Heise**, Ex FAP-Landesvorsitzender in Niedersachsen) oder in Saalfeld (**Friedhelm Busse**, Ex FAP-Vorsitzender), hat aber dort keinen bestimmenden Einfluß mehr. Während sich nach Lübeck die altbekannten GdNF- und FAP-Kader im wesentlichen aus dem Bereich der alten Bundesländer auf den Weg machten, trafen sich in Saalfeld und Neustrelitz regionale Nazi-Größen. Unterm Strich waren an dem Wochenende ca. 1.000 Nazis, ca. 6.000 bewaffnete Ordnungshüter und 7.500 AntifaschistInnen auf der Straße.

Die Antifa-Demonstration in Saalfeld wurde vom Landrat kurzerhand aus der Stadt an den Rand verlegt. Die Neo-Nazis, von denen einige von ihren StreetworkerInnen begleitet wurden, durften zeitlich eher bis zum Blankenburger Tor in die Innenstadt laufen. Mit rassistischen und gewerkschaftsfeindlichen Parolen lief ein eher verlorener Haufen begleitet durch einen Pulk ortsansässiger Sympathisanten und der Polizei durch die Straßen von Saalfeld. Hauptredner waren **Frank Schwerdt** (Bundesvorstand der NPD) und **Frank Golkowski** (NPD-Landesvorsitzender aus Thüringen und Demoanmelder). So schwach wie ihre Reden klang auch der Abschlußsingsang des „Deutschlandlieds" in allen 3 Strophen. Die Polizei schritt natürlich nicht ein.

Unterdessen hatten sich am Hauptbahnhof, den die Saale vom Stadtzentrum trennt, die AntifaschistInnen versammelt. Die meisten von ihnen waren mindestens dreimal von der Polizei auf Waffen durchgecheckt worden. Eine Ausweiskontrolle brachte dem Staatsschutz neues Datenmaterial, zumal dem Innenminister in Thüringen, Dewes (SPD), im Dezember zwei PCs mit Personendateien abhanden gekommen sind.

Die Nachricht, daß dreizehn Busse aus Hamburg, Berlin und Leipzig von der Polizei gewaltsam aufgehalten würden, verzögerte den Demobeginn. Zunächst wollte man wegen der schikanösen Auflagen gar nicht mehr demonstrieren. Mit zweistündiger Verspätung ging es dann in das wenige Kilometer entfernte Gorndorf, wo Jungnazis infolge der akzeptierenden Sozialarbeit ein eigenes Zentrum haben. Dort eskalierte die Situation als ca. 100 Jungnazis die antifaschistische Demonstration mit aggressiven Sprüchen und Drohgebärden provozierten. Die Polizei ließ die Jungnazis gewähren und schritt sofort gegen die Antifas ein und erzwang dadurch ein schnelleres Ende der Demonstration.

Stadt Saalfeld partizipiert an Geschäften mit bekannten Neo-Faschisten aus dem Westen

Viel zu wenig wurde auf den gesellschaftlich relevanteren neofaschistischen Hintergrund in Saalfeld eingegangen. Trotz deutlicher Hinweise an PDS, DGB und „Grüne", daß in Saalfeld der bekannte Neo-Faschist **Hartmut Heger** aus Wilhelmshaven einen Geschäftssitz hat, mochte sich niemand vor Ort darum kümmern. Die massive Anti-Antifa-Haltung des Saalfelder Landrats und des Stadtparlaments läßt aber vermuten, daß Heger, der neben Geschäften in der Innenstadt auch zwei größere Gebäudekomplexe direkt am Marktplatz besitzt, darunter das angeblich älteste Restaurant Deutschlands, eng mit der örtlichen besitzenden Klasse zusammenarbeitet. Warum sonst postierten sich zu Beginn der Demo starke BGS-Einheiten vor dem Hotel von Heger?



Hartmut Heger: früher Neonazi - heute nur „nobler Geschäftsmann" und Spekulant?

Am 21.05. 1993 verlegten Hartmut Heger und sein Kompagnon **Robert Baar** den Sitz ihrer „H+G Hotel und Gastronomiebetriebsgesellschaft mbH & CoKG" von Wilhelmshaven nach Saalfeld. Mit kräftig aufgestocktem Grundkapital von 50.000 DM auf über 2 Mio. DM ging es in Thüringen kräftig zur Sache, nachdem ein ähnliches Unterfangen in der Nähe von Rostock nicht so recht erfolgreich verlief. 1995 erhöhten Baar und Heger ihre Kommanditeinlagen um jeweils eine Million und **Armin Witfer** flog aus der Kommanditgesellschaft heraus. Seit dem 21. März 1997 ist die „H.H. Wohnungsbau GmbH" als persönlich haftende Gesellschafterin eingetreten. Robert Baar zog im September 1997 seine 2 Mio. DM aus dem Geschäft zurück. Heger

fühlt sich inzwischen in Saalfeld so sicher, daß er die Geschäfte alleine führt. Kein Wunder, denn der „Anker“ gilt in Saalfeld als Treff- und Angelpunkt mittelständischer UnternemerInnen und der kommunalen Politik-Elite. Aber auch die faschistischen „Grauen Wölfe“ konnten Ende April eine Werbeveranstaltung im „Anker“ abhalten und dafür in der „Ostthüringischen Zeitung“ werben, die ihrerseits ein Mietverhältnis mit Heger hat. Seit geraumer Zeit spekuliert Heger auf das Haus, in dem die Gewerkschaften ihren Sitz haben und die Treuhand als Verwalterin über Eigentum verfügt. Bis jetzt war der Kaufpreis für Heger zu hoch, aber ein Konzept über den Gebäudekomplex hat er längst fertiggestellt. Bei einem Kauf käme er seinem Traum sehr nahe, am Fuße des historischen Rathauses, von seinem Hotel aus, den größten Teil des Marktes zu beherrschen. Höchste Zeit, daß das breite antifaschistische Bündnis, das seine politische Chance bisher nicht ausreichend nutzte, dem Neo-Faschisten Heger das Handwerk legt. Der Saalfelder Stadrat hat die nächste Runde schon eingeläutet. Nach mehrheitlichem Beschluß hat er den Bürgermeister Beetz (CDU) aufgefordert, die Anmelderin der Demonstration vom 14. März, die Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, Annelie Buntenbach, wegen Rufmordes an der Stadt zu verklagen. Buntenbach hatte - wie viele andere auch - öffentlich behauptet, die Region Saalfeld/Rudolstadt sei eine Hochburg von Neo-Nazis. Auch ohne ein solches, eher amüsantes Gerichtsverfahren sollte der Nachweis darüber nicht schwerfallen, daß Honorationen der Stadt im braunen Tümpel fischen. Selbst der Mord des 15jährigen Michael P., der sich innerhalb rechter Jugendcliquen bewegt, an der 14jährigen Jana hat die Stadtväter kalt gelassen. Sie ließen den Mord als unpolitische Tat bezeichnen und unterstellten dem antifaschistischen Bündnis, die Bluttat für seine politischen Zwecke zu mißbrauchen. Damit verschleiern Polizei und Stadtrat nur das faschistoide Klima in der Stadt, das eben nicht von „desorientierten Jugendlichen“ bestimmt wird. Die Butterfly-Messer der Jung-Nazis sitzen doch nur deshalb so lokker, weil Landes- und Kommunalpolitiker massiv gegen Linke vorgehen und bei den Rechten nicht nur alle Augen zudrücken, sondern auch noch fördernd Aufbauhilfe leisten.



Marschierende Neofaschisten in Saalfeld. Hinter dem Transparent (mit Sonnenbrille) der Anmelder Frank Golkowski



Marschierende Neonazis unter Polizeibegleitung, wie hier in Cloppenburg, sind kein Phänomen, das es nur im Osten gibt


Neonazis in Zittau. Kleine Aufmärsche mit wenig Beteiligung von überregionalen Nazi-Kadern sind inzwischen „Alltag“

Im Westen nichts Neues ?

Während im Ostteil der Republik Antifa-Demonstrationen nach dem Muster von Saalfeld verboten oder mit schrillen Auflagen verboten werden, sorgt die Polizei im Westen für einen reibungslosen Ablauf der Nazi-Aufmärsche, solange sie sich im parlamentarischen Rahmen der NPD bewegen. Das Ergebnis liegt auf der Hand und ist seit den 20er Jahren bekannt, die Faschisten machen nun wieder Wahlkampf in Permanenz.

Seit der Haftentlassung von Christian Worch Ende 1997 sind seine Truppen wieder verstärkt auf die Straße gegangen. Die alte GdNF-Struktur hatte sich zunächst auf Schleswig-Holstein konzentriert und im April den Nordwesten Niedersachsens wiederentedeckt. Am 4. April 1998 zogen 100 Neo-FaschistInnen durch die katholische Kleinstadt Cloppenburg, die nur 15 Kilometer von dem Ort Strücklingen entfernt liegt, in dem die 11jährige Christina einem Sexualmörder zum Opfer fiel. Die Jungfaschisten, die nach Aussage von „Stern“-Reporter Oliver Schröm auf ihren „Kampffeten“ schon mal Frauen vergewaltigen, zogen mit der Parole „Kinderschänder an die Wand - Hier marschiert der nationale Widerstand“ gröhlend durch die Fußgängerzone, beidseitig von der Polizei vor den Angriffen weniger AntifaschistInnen geschützt. Worchs Truppe bediente sich auch hier des legalen Mäntelchens, das ihnen die NPD bietet. Dieselben Jungmänner, die schon im Wiking-Jugend-Dress in Hetendorf ihre Kampfspielchen trieben, marschieren jetzt als Aufräumkommando der alten NPD durch die Straßen.

Stop dem Angriff auf die Antifa!

Ob der Sicherheit, die ihnen die NPD-Struktur bietet, weil Staatsschutz und Polizei eine Durchführung der „Aufmarsch-Veranstaltungen“ dulden, machen sich die Jungfaschisten über die AntifaschistInnen lustig. Je mehr die aktiven AntifaschistInnen auf ihren autonomen Kern reduziert werden, je stärker können sich die maroden Haufen um Worch, Voigt, Apfel, Schön, Schwerdt fühlen. Wenn selbst Politiker wie Kurt Biedenkopf (CDU) und Oskar Lafontaine (SPD) fordern, daß man den „Rechtsextremen“ kein öffentliches Forum bieten dürfe, dann ist es doch an der Zeit, daß die Antifa den öffentlichen Raum für sich behaupten können muß. Nicht nur bei Demonstrationen, sondern auch bei Kulturveranstaltungen müssen die bürgerlichen Kräfte einbezogen werden und der Druck auf Polizei und Politiker verstärkt werden.

Die Jugendorganisation der NPD, die „Jungen Nationaldemokraten“, könnte längst verboten sein, sie ist keine Partei. Ein streng durchgeführtes Verbot würde der NPD ihren augenblicklichen Aufbauschwung nehmen.

Statt einer Spaltung in Ost und West das Wort zu reden, sollte sich die Antifa auf politische Arbeit in ländlichen Regionen konzentrieren; denn dort läuft der Organisierungsprozeß der Nazis sowohl im Westen als auch im Osten. Die Zwangsvereinigung ist nicht mehr rückgängig zu machen. Wir haben es hier mit einem gesamtgesellschaftlichen Prozeß der BRD zu tun, wie sie seit 1989 existiert, ohne Stasi aber mit VS, mit einem niedrigeren Lohnniveau und hoher Arbeitslosigkeit; denn das „Modell Deutschland“ als Vorzeige-Projekt des vermeintlich blühenden Westens gegenüber dem vermeintlich verrotteten kommunistischen Osten ist längst tot.

Lars Kohn

Kundgebung vor der Paulskirche

Antifaschistischer Protest gegen BFB/OFD-Großveranstaltung

Am 28. März traf sich der „Bund Freier Bürger - Offensive für Deutschland, Die Freiheitlichen“ (BFB/OFD) auf dem Platz vor der Frankfurter Paulskirche, um dort eine Großkundgebung unter den Motti „150 Jahre Demokratie in Deutschland“ und „Volksabstimmung über den Euro“ abzuhalten. Was die angereisten Rechtsradikalen jedoch sichtlich erzürnte, war, daß Antifaschistinnen und Antifaschisten aus dem Rhein-Main-Gebiet für den gleichen Tag ebenfalls nach Frankfurt mobilisiert hatten: Zu einer Gegenkundgebung am selben Ort.

Die Zeichen standen auf Sturm: „Bitte tragen Sie durch zahlreiches Erscheinen dazu bei, daß die Veranstaltung zu einem unübersehbaren Protest der deutschen Bevölkerung gegen die Einführung des Euro wird“, hatte die Bundesgeschäftsstelle des BFB/OFD Mitte Februar in einem internen Schreiben seinen Landesverbänden mitgeteilt. Noch bevor der Platz vor der Paulskirche von den ca. 1.000 BFB/OFD-Anhängern gefüllt werden konnte, hatten sich dort bereits gut 200 Gegendemonstranten versammelt. Zum Leidwesen der Rechtsradikalen wollten diese es nicht unwidersprochen zulassen, daß rassistische und neofaschistische Parolen unter dem Signet der „demokratischen Meinungsfreiheit“ öffentlich Verbreitung finden können. Der BFB/OFD fühlte sich von den Kritikern so gestört, daß einige der Versammmlungsteilnehmer es sich nicht nehmen ließen, die Antifaschisten mit an Holzlatten befestigten Pappschildern anzugreifen. Ein Sprecher der Polizeieinsatzleitung erklärte auf Nachfrage, daß es neun Festnahmen auf Seiten der Gegendemonstranten gegeben hätte, um „diese Rangelei zu beenden“. Frohen Mutes konnten nun die Rechtsradikalen, darunter auch eine große Anzahl militanter Neofaschisten, den Worten ihrer Vorkämpfer lauschen.

Kristof Berking, Landesvorsitzender des BFB/OFD in Hamburg

BFB/OFD-„Wirtschaftsexperte“ **Bernd-Thomas Ramb**, auch ständiger Mitarbeiter der völkisch-nationalistischen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF), stellte in seiner Einleitungsrede fest, daß „die heutigen Nazis in Brüssel“ sitzen würden. Ramb amtiert als hessischer Landesvorsitzender des BFB/OFD und kandidiert bei der Bundestagswahl im September diesen Jahres auf Platz zwei der hessischen Landesliste. Zudem lehrt Ramb auch am Fachbereich für Wirtschaftwissenschaften der Universitäts-Gesamthochschule Siegen.

Nach Ansprachen des Bundesvorsitzenden **Manfred Brunner** und des Generalsekretärs **Heiner Ernst Kappel** (MdL Hessen), beide ehemals Mitglieder der FDP, zogen die Rechtsradikalen zur Bundesbank. Dort startete der BFB/OFD, nachdem verschiedene Redner erneut ausführlich gegen die Einführung des Euro als „Einstiegsdroge für die Auflösung Deutschlands“ gehetzt hatten, den großangekündigten Staffellauf nach Bonn. Die „gesammelten Unterschriften gegen die Einführung des Euro“ sollten nach mehreren Staffel-Etappen am 30.März am Regierungssitz eintreffen. Der BFB/OFD hatte seit Monaten Unterschriften zur Initiierung des „Volksbegehrens 'Rettet die D-Mark'“ gesammelt. Daß eine solche Initiative zumindest juristisch bedeutungslos ist, dürfte den Unterschreibenden nicht mitgeteilt worden sein: Ist doch die Initiierung einer „Volksbefragung“ auf Bundesebene zu einem solchen Thema grundsätzlich unmöglich, im Gegensatz zu einigen Bundesländern, wie z.B. Niedersachsen oder Bayern. So kann der BFB/OFD sich mit einer Unterschriftensammlung schmücken, die bestenfalls symbolischen Charakter hat.



Bernd-Thomas Ramb: „Die heutigen Nazis sitzen in Brüssel.“



Sprachlich naive Plakate prägten das Bild der BFB/OFD-Kundgebung

Mit von der Partie bei der BFB/OFD-Veranstaltung in Frankfurt war auch **Kristof Berking**. „Das ist der Landesvorsitzende aus Hamburg“, erklärte einer der Recken in den vordersten Reihen seinem verdutzten Nebenmann, als neben ihnen Berking mitsamt mitgebrachter Leiter vorbeiging. Von seiner Leiter herab dürfte Berking auch die BFB/OFD-Jungaktivisten **Kay Bärmann** und **Philipp Byers** vor sein Objektiv bekommen haben. Der langjährige Kreisvorsitzende der CDU-Jugendvereinigung „Schüler Union“ (SU) Byers hatte im vergangenen Jahr für Aufsehen gesorgt, als er seinen Austritt aus der CDU Hochtaunus, der „Jungen Union“ (JU) und der SU mit der Begründung, der „linksliberale Flügel der CDU“ habe „offenbar fast vollständig die programmatische Führung innerhalb der Union übernommen“, erklärte. Byers ist inzwischen stellvertretender Sprecher der BFB/OFD-Jugendorganisation „Junge Freiheitliche“ in Hessen.

Zwei von Berkings Aufnahmen veröffentlichte dann auch die „Junge Freiheit“, in deren Redaktion Berking im vergangenen Jahr zunächst als Ressortleiter für „Kultur“, dann für „Internet“ und „besondere Aufgaben“ zuständig gewesen ist. Die Abfassung des JF-Artikels über die BFB/OFD-Kundgebung wurde von einer bis dato gänzlich unbekannten Person namens **Elisa Oldenburg** besorgt.

Und auch wenn der „Bund Freier Bürger - Offensive für Deutschland“ händeringend versucht, seine Veranstaltung in Frankfurt als Erfolg gegen die Antifaschistinnen und Antifaschisten zu verkaufen, so bleibt doch festzustellen, daß dies eine Lüge der Euro-Gegner ist: Trotz massiver Polizeipräsenz und der Verhaftung von Gegendemonstranten ist es den Antifaschistinnen und Antifaschisten in Frankfurt gelungen, den BFB/OFD bei seiner Kundgebung erfolgreich zu stören und ihn bei der Präsentation seiner rechten Theoreme zu behindern. Symbolisch wies der vorzeitige Abbruch des Absingens der deutschen Nationalhymne durch den BFB/OFD am Ende der Kundgebung vor der Paulskirche die Richtung.

Klaus Harbart

Wahlerfolg für DVU

Mit 12,9 Prozent der Stimmen gewinnt die Deutsche Volksunion (DVU) des Münchener Verlegers Gerhard Frey 16 Mandate im Landtag Sachsen-Anhalts. Fast unisono berichten die Medien von einer Protestwahl, die in erster Linie auf die hohe Arbeitslosigkeit zurückzuführen sei.

Zumindest in der Höhe von 12,9 % war der Wahlerfolg der DVU eine Überraschung - wohl nicht zuletzt für die Partei selbst. 16 ihrer 18 aufgestellten KandidatInnen ziehen jetzt in den Landtag Sachsen-Anhalts ein. Zwar hatten unmittelbar vor der Wahl Meinungsumfragen angedeutet, daß mit ausländerfeindlichen Parolen und Unmutsbezeugungen gegen die herrschende Politik ein Stimmenanteil von mehr als fünf Prozent erreichbar wäre, aber kaum jemand konnte sich vorstellen, daß eine Partei, die in Sachsen-Anhalt fast nicht existent war und von einem 500-millionenschweren Verleger von einem Finanzskandal zum anderen geführt wird, Stimmen gegen „die da oben" für sich gewinnen könnte. Selbst kurzfristig von den Fernsehsendern ausgestrahlte Beiträge über die chaotische politische Praxis der DVU in den Landesparlamenten von Bremen (1987-1995) und Schleswig-Holstein (1992-1996) oder deren Verbindungen zur militanten Naziszene konnten die WählerInnen nicht davon abhalten, diese offen faschistische Partei zu wählen.

Als Protest- oder Denkzettelwahl wird in den Wahlanalysen der Erfolg der DVU eingeschätzt, der vor allem auf die hohe Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit der Bevölkerung zurückzuführen sei. Die Analysen stützen sich dabei u.a. auf die überdurchschnittlich hohen Wahlergebnisse in Wolfen (17,4%) und Bitterfeld (17,5%), einer Region in der nahezu jeder vierte arbeitslos ist. Dementsprechend heißt es in der Analyse von Infratest dimap: „Die Merkmale des typischen DVU-Wählers sind: jung, männlich, Arbeiter, Azubi oder arbeitslos. Unter den 18- bis 24jährigen hat die DVU Zuspruch von 28 % und ist damit stärkste Partei. Unter den Männern dieser Altergruppe kommt der Zuspruch sogar von 32 % ... Bei den Arbeitslosen kommt die DVU auf 19, bei den Arbeitern auf 23 %. Die einzige Gruppe, in der die DVU unter fünf Prozent blieb, waren die Rentner." Auch die Forschungsgruppe Wahlen bestätigt dieses: DVU-Wähler seien „noch viel häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als die der anderen Parteien, und selbst wenn sie einen Job haben, fürchten sie sehr viel häufiger als andere, ihn zu verlieren."

Dabei wird allerdings die Hauptkompetenz der DVU nicht in der Beseitigung der Arbeitslosigkeit gesehen. Nach Angaben der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen trauten lediglich drei Prozent der Bevölkerung der DVU zu, „am ehesten zur Lösung der zukünftigen Probleme in der Lage" zu sein. Die Hauptkompetenz wird der DVU nach Erkenntnissen von Infratest im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung und der Ausländer- und Asylpolitik zugestanden.

Hier dürfte auch der Grund dafür liegen, daß es der DVU gelungen ist, „das rechte Potential weitgehend auszuschöpfen" (Infratest). Mit ihren „Ausländer-raus"-Parolen trafen die Neofaschisten offensichtlich den Nerv einer mittlerweile stabilen rechten Jugendsubkultur, die sich in der Bundesrepublik (vor allem in Ostdeutschland) etabliert hat. Magdeburger Antifaschisten verweisen darauf, daß „unter Jugendlichen - gerade in Kleinstädten oder auf dem Land - ein (oft sogar apolitisches) 'Rechts-sein' Normalität geworden ist". Auch Jörg Ueltzhöffer, Autor der Anfang der achtziger Jahre erschienenen Sinus-Studie, die schon damals rund 13 Prozent der Bundesdeutschen ein geschlossenes „rechtsextremes" Weltbild bescheinigte, schätzt, „daß in den neuen Ländern bis zu einem Viertel aller 18-25jährigen Männer aus der Arbeiterschicht rechtsextrem sind". Selbst der Präsident des sachsen-anhaltinischen Verfassungschutzes, schätzte vor der Wahl ein, daß „rund zehn Prozent der Bevölkerung anfällig" seien für Rechtsradikalismus.



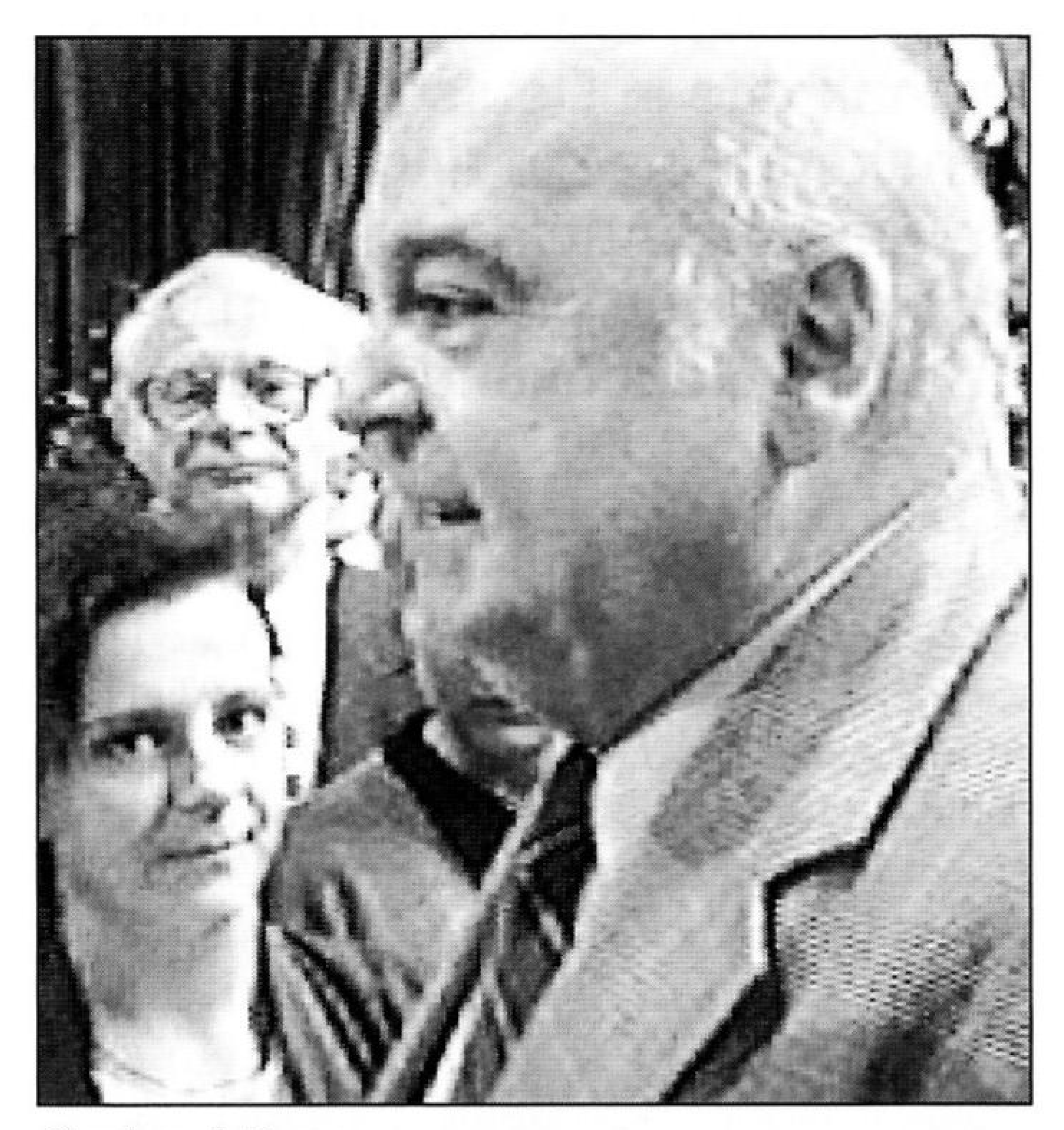
Helmut Wolf, Spitzenkandidat der DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

Diese vor allem jungen „Anfälligen" haben die DVU in erster Linie nicht als Denkzettel gewählt, sondern als diejenige Partei, die ihre rassistischen Überzeugungen am ehesten auf den Punkt brachte. Und damit steht Sachsen-Anhalt nicht allein: Eine aktuelle Wählerumfrage ergab: „Rund acht Prozent würden in Mecklenburg-Vorpommern rechts wählen, noch einmal so viele könnten sich vorstellen dieses zu tun". Ob diese Partei dann DVU, REP oder NPD heißen wird, ist vorerst zweitrangig.

Das Ergebnis der Landtagswahl als reine Protestwahl zu deklarieren, wie es besonders krass der Bürgermeister des Dörfchens Schierau betreibt - in Anbetracht von 32% DVU-Stimmen erklärt er: „Wir haben hier keine Rechten" - ist reine Schönrednerei und soll von der weit verbreiteten fremdenfeindlichen Stimmung ablenken.

Den Begriff „Protestwahl" kritisiert Anetta Kahane (Mitinitiatorin der „Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugend und Schule") zudem, weil mit diesem Begriff so getan werde, als ob die Anwesenheit von Ausländern tatsächlich einen Mißstand darstelle, den die etablierten Parteien bislang ignoriert hätten. Außerdem suggeriere die Bezeichnung „Protestwähler" eine Bewegung am Rand der Gesellschaft. Diese Parolen und Meinungen kämen aber aus der Mitte der Gesellschaft.

Daß sie mit dieser Einschätzung nicht daneben liegt, bestätigten die Unionsparteien in ersten Reaktionen auf die Wahlen, bei denen die CDU massiv Stimmen verloren hatte - allein 27.000 an die DVU. **Wolfgang Schäuble**, Kanzlerkandidat in Lauerstellung, wies der CSU die Aufgabe zu, die Union auf dem rechten Flügel zu profilieren. Des Stichwortes hätte es jedoch nicht bedurft: Der sächsische CDU-Landesvorsitzende **Fritz Hähle** betonte, daß das Nationale ganz eindeutig dazugehöre und er sei „stolz, ein Deutscher zu sein". **Wolfgang Zöller** (CSU-MdB) will die Ausländerpolitik stärker betont wissen, **Theo Waigel** fordert eine „wirksame Zuzugsregelung für Ausländer" und Bundesinnenminister **Kanther** sieht in den Wanderungsströmen von „Illegalen" (damit sind AusländerInnen gemeint) gar eine „Bedrohung unseres Landes". Warnende Stimmen, die wie Heiner Geißler darauf hinweisen, daß „eine solche Strategie Wasser auf die Mühlen der Rechtsradikalen" sei, bleiben da eher die Minderheit.



Gerhard Frey

Zu befürchten ist vor diesem Hintergrund, eine Verschärfung des Rechtskurses im Rahmen der bevorstehenden Wahlkämpfe. „Die politischen Karten sind fünf Monate vor der Bundestagswahl neu gemischt. Konsequenz: Die Parteien sehen sich nun unfreiwillig im Wahlkampf mit harten Themen konfrontiert wie dem Zusammenhang zwischen Einwanderung und Arbeitslosigkeit, Kriminalität und sozialen Mißständen. Das dürfte die Diskussionen beleben und die Wahl spannen machen," freut sich die „neurechte" Postille „Junge Freiheit". Während andere neofaschistische Parteien bereits den Maulkorb lockern - so fordert der baden-württembergische REP-Landesvorsitzende **Christian Käs** ein „Ende der Leisetreterei", freut sich **Gerhard Frey**, der bereits die Kandidatur der DVU zu den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern avisiert und mit **Franz Schönhuber** über eine Kooperation für bevorstehende Wahlen verhandelt: "Wenn alle Parteien unsere nationale Politik übernehmen, trete ich froh und glücklich ab. Dann ist meine Aufgabe übererfüllt."

Die Finanzierung der DVU

„Da die Eigeneinnahmen aus Mitgliedsbeiträgen im Jahr 1996 bei rückläufiger Tendenz 553.000 Mark betrugen, ist die DVU neben den großzügigen Krediten ihres Patrons auf Gönner und auf den Staat angewiesen. So kamen 1996 fast die Hälfte der gesamten Einnahmen aus Spenden: fast zwei Millionen Mark. Allein **Gertrud König**, Betreiberin eines Altenheims im Rheinland, sponserte die DVU mit 103.608 Mark, nachdem sie schon 1995 zusammen mit ihrem Mann 480.200 Mark hatte springen lassen. Ein anderer DVU-Spender war mit 48.238 Mark **August Fritz Liesegang** aus Österreich. 1995 war eine Spende eines ominösen Herrn **Jacques de Mathan** in Höhe von 274.634,89 Mark zugunsten der DVU aufgefallen. Er hatte zunächst die Anschrift eines nicht mehr existierenden Hotels in Villingen-Schwenningen angegeben, wohnt aber in Frankreich. Die Bundestagsverwaltung, die wegen der offenkundig falschen Angabe der DVU den doppelten Betrag, also 550.000 Mark, sperren könnte, 'prüft' den merkwürdigen Vorgang und gab einstweilen die laufenden, der DVU zustehenden Mittel frei. Die Bundeskasse zahlte für Freys Wahlkämpfe, die ihm 1997 in drei Ländern 113.795 Stimmen einbrachte, 884.310 Mark. In diesem Jahr werden vierteljährlich Abschläge in Höhe von rund 193.000 Mark überwiesen." (aus Frankfurter Rundschau, 28.4.98)

Ulrich Sander

Mit Orden blieb der alte Geist

Mangelnde Distanz der Bundeswehr zur Wehrmacht

Die unzureichende Distanz der Bundeswehr zur Wehrmacht, von der Wehrbeauftragten erkannt, manifestiert sich in Kasernenamen, in Traditionsräumen, in integrierten Traditionsverbänden von Wehrmachts- und Bundeswehrveteranen, in denen die alten Orden mit leichten Korrekturen getragen werden, - in der ganzen Geschichte der Bundeswehr.

Die Generäle der Wehrmacht, die den Aufbau der Bundeswehr planten und vollzogen, machten zur Vorbedingung ihres Tuns das Ende der Bestrafung der an Kriegsverbrechen schuldig gewordenen SS-Kader und vor allem der Wehrmachtsangehörigen. Die Vorbedingung wurde durch die westlichen Alliierten und die Adenauer-Regierung erfüllt.

Viele der Wehrmachtsangehörigen, die davon profitierten, kamen dann ab 1955 wieder bei der Bundeswehr unter. Und so mancher von ihnen wird Träger des Ordens für „Bandenbekämpfung" gewesen sein.

Die Soldaten wie auch die SS-Männer, die - außerhalb der Kampfhandlungen - am Massenmord an Juden, Slawen, Partisanen und Kommunisten („Kommissaren"), das hieß an der „Bandenbekämpfung" gegen das „jüdisch-bolschewistische Untermenschentum" teilnahmen, erhielten das „Bandenkampfabzeichen" in Bronze, Silber oder Gold verliehen. (Das „Bandenkampfabzeichen" in Bronze gab es für 20 Einsatztage, das in Silber für 50 Einsatztage und das in Gold für 100 Einsatztage; und zwar laut Führerbefehl und Erlaß des Reichsführers-SS). Die bildliche Darstellung der Orden zeigte eine Schlangengrube mit Schlangen, in die ein Schwert - mit Hakenkreuz am Knauf und Totenkopf an der Spitze - von oben hineinstößt. Das „Bandenkampfabzeichen" zeigte damit nicht nur NS-Symbole, sondern auch NS-Inhalte, denn es widerspiegelt die Entmenschlichung des „militärischen Gegners" - darunter unbewaffnete Zivilisten und kleine Kinder - durch deren Darstellung als Schlangenbrut.

Wir lesen dazu im Bundesanzeiger vom 28. Februar 1958, daß die Orden des Krieges der Nazis zugelassen sind, vorausgesetzt, sie zeigen keine Hakenkreuze und SS-Symbole (Totenkopf). Und so finden wir im Abschnitt „Kampfabzeichen Wehrmacht" die Abbildung des „Bandenkampfabzeichens in Bronze, Silber und Gold", die 1957/58 neu gestiftet wurden, um die „Tapferkeit" des einzelnen zu würdigen.

Heute findet ein schwunghafter Handel mit dem „Bandenkampfabzeichen" in seiner ursprünglichen Form statt. Das Auktionshaus „Casa d'Aste Czerny" bietet im Internet „Bandenkampfabzeichen" in Bronze für 950 DM, in Gold für 50 DM und in Silber für 1.800 DM an. Auch andere Anbieter finden sich auf CD-Roms und im Internet. Militariahändler im Saarland und in Düsseldorf bestätigten, daß das „Bandenkampfabzeichen" im Handel, aber schwer zu bekommen ist.



Die „Bandenbekämpfungsabzeichen" von Bundeswehr und Wehrmacht

Erhältlich ist auch das „Bandenkampfabzeichen" in der im Jahre 1958 neugestifteten Form - ohne Hakenkreuz und SS-Totenkopf. In fünfter Auflage gibt es einen Kommentar aus dem Bundesinnenministerium zum Ordensgesetz. Erst voriges Jahr wurde der Kommentar unverändert erneut herausgegeben. Im jüngsten Kommentar wird die Teilnahme der Wehrmacht an den Verbrechen erneut bestätigt: „Der Katalog der Ausführungsverordnung zur Verordnung über den Schutz der Waffenabzeichen der Wehrmacht (20.1.1944) bezeichnet diese Auszeichnung als Kampfabzeichen der SS und Polizei. Da das Abzeichen an alle (!) im Partisanenkampf eingesetzten deutschen Verbände zur Verleihung kam, erscheint es als unbedenklich (!), diese Auszeichnung bei den Kampfabzeichen der Wehrmacht aufzuführen. ... Das Bandenkampfabzeichen wurde durch den Reichsführer-SS, den Höheren SS- und Polizeiführer bzw. den Chefs der Bandenkampfverbände und für Angehörige des Heeres, der Kriegsmarine und der Luftwaffe durch die zuständigen Oberkommandos verliehen. Das Abzeichen wird (!) auf der linken Brustseite getragen, dabei darf nur die höchste Stufe angelegt werden."

In der Bundestagsdebatte von 1957 zum Ordengesetz hat niemand die Problematik „Bandenkampfabzeichen" angesprochen. Es wurden zwar das verhältnismäßig harmlose „Mutterkreuz" gänzlich und die SS-Orden zum Teil gestrichen, aber die „Bandenbekämpfung" war ja nicht allein Sache der SS! Die SPD lehnte das Gesetz für die modifizierte Wiederzulassung der NS-Orden ab, weil ein solches einem gesamtdeutschen Parlament vorbehalten bleiben müsse und weil sie mit ihrer Forderung nicht durchkam, die Ordensbänder schwarz-rot-gold statt schwarz-weiß-rot zu gestalten.

Der Orden für die Teilnahme am Holocaust darf in diesem Lande getragen werden, wie auch die Teilnahme am Völkermord weitestgehend straffrei blieb.

Wie es zu dieser Straffreiheit kam, das ist die Geschichte vor allem des „Kalten Krieges". Kein anderer als **Adolf Heusinger**, in den fünfziger Jahren erster Generalinspekteur der Bundeswehr, hat dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal 1945 eine eidesstattliche Erklärung abgegeben, mit der die Teilnahme der Wehrmacht am Holocaust bestätigt wurde. Aus ihr zitierte der amerikanische Ankläger Telford Taylor: „Es war schon immer meine persönliche Ansicht, daß die Behandlung der Zivilbevölkerung im Operationsgebiet und die Methoden der Bandenbekämpfung im Operationsgebiet der obersten politischen und militärischen Führung eine willkommene Gelegenheit bot, ihre Ziele durchzufahren, nämlich die systematische Reduzierung des Slawen- und Judentums."

An dieser Erklärung ist besonders bemerkenswert, daß sich ihr Autor nicht „zur obersten politischen und militärischen Führung" zählte, obwohl er nach Hitler und Keitel der dritte Mann war, der das Unternehmen Barbarossa, den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, plante und befehligte. Bei der Bundeswehr war er dann der erste Mann.

Alexandra Kurth

„... für Führer, Volk und Vaterland“

Die in der letzten Ausgabe begonnene Serie über die Entstehung und Entwicklung der Burschenschaftsbewegung setzen wir im folgenden mit dem zweiten und abschließenden Teil fort. Nachdem in DER RECHTE RAND Nr. 51 auf die historischen Ursprünge im vergangenen Jahrhundert hingewiesen worden war, soll in diesem Beitrag die Geschichte der Burschenschaftsbewegung in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus genauer betrachtet werden.

Im Gegensatz zur 1848/49er Revolution ergriffen Burschenschafter nicht für die Novemberrevolution Partei, sondern gegen sie, etwa wenn sie sich zur „Rettung des Vaterlandes“ reihenweise in Freikorps und Zeitfreiwilligenverbände eingliederten. Burschenschafter verbreiteten die „Dolchstoßlegende“, beteiligten sich am Kapp-Putsch (1920) und unterstützten auch den Hitler-Putsch (1923), den **Edgar Stelzner** („Bubenruthia-Erlangen“) in der Oktober/November-Ausgabe der „Burschenschaftlichen Blättern“ wie folgt kommentierte: „Am 8. November des Jahres ist in München versucht worden, eine revolutionäre Regierung der deutschen Freiheit zu bilden, am 9. November sind in München 20 deutsche Männer für Volk und Vaterland gefallen. Erschüttert steht Deutschland an der Bahre dieser Toten, die reinen Herzens ihr Leben geopfert haben. (...) Eine Anklage erheben wir, müssen wir erheben: Der bayerische Generalstaatskommissar Dr. von Kahr hat am 9. November vaterländische Verbände aufgelöst, (...). Die nationalsozialistische Arbeiterpartei, die Reichskriegsflagge und der Bund Oberland sind diese Verbände. Wir bekennen mit Stolz, daß auch in diesen Verbänden sich Burschenschafter befinden. *Burschenschafter sind heute mit Zuchthaus bedroht*, weil sie diesen Verbänden Treue auf dem Weg zur deutschen Freiheit halten.“ (Herv. i. Org.). Während sich Burschenschafter „mit Stolz“ zur Mitgliedschaft in der NSDAP bekennen konnten und viele sich auch im 1926 gegründeten „Nationalsozialistischen Studentenbund“ (NSDStB) engagierten, durften sie seit 1920 weder KPD noch SPD beitreten, seit 1929 auch nicht mehr dem „Zentrum“.



„Alte Herren“ des „Coburger Convents“ bei einer ihrer Lieblingsbeschäftigungen

Programmatisch orientierte sich die „Deutsche Burschenschaft“ (DB) seit Anfang der 20er Jahre explizit am Völkischen, nachzulesen unter anderem im 1922 neu aufgelegten „Handbuch für den Deutschen Burschenschafter“: „Wir haben die vermeintliche Gleichsetzung von Nationalstaat und Staatsnation zu beseitigen und eine verwandelte, von den Staatsgrenzen und der unzureichend gewordenen Staatlichkeit sich loslösende Vorstellung von der Nation zu bilden, indem wir diese in die Idee der Volkheit umschaffen. Dies ist das ‘Völkische’. Es bedeutet lebendige Einheit sämtlicher Teile unseres Volkstums jenseits aller Parteiungen und politischer Grenzen: (...) Die politischen Grenzen des kommenden Reiches sollen dieselben sein, wie die naturgegebenen Grenzen des Volkes deutschen Geblüts: der völkische Gedanke trifft sozusagen von außen betrachtet, mit dem großdeutschen Gedanken zusammen. (...) Vor allem muß es sich darum handeln, die verlorenen Landesteile im Osten und Westen beim Deutschtum zu halten, um ihren Rücktritt in den deutschen Staat vorzubereiten und den Anschluß Österreichs vollziehen zu helfen.“

Die völkische Ausrichtung der DB zeigte sich zudem darin, daß es innerhalb des Korporationsspektrums neben den Mitgliedern des „Verbands der Vereine Deutscher Studenten“ (VVDSt) vor allem Burschenschafter waren, die während der Weimarer Republik den rassistischen Antisemitismus forcierten, was unter anderem von Heide Ströle-Bühler in ihrer 1991 veröffentlichten Untersuchung „Studentischer Antisemitismus in der Weimarer Republik. Eine Analyse der Burschenschaftlichen Blätter 1918-1933“ detailliert belegt worden ist. Gleichzeitig schlug sich das im Verbandsblatt Verhandelte in den Beschlüssen nieder, beispielsweise wenn bereits im Gefolge des Eisenacher Burschentages (1920), der die einzelnen Burschenschaften unter anderem dazu verpflichtet hatte, „(...) ihre Mitglieder so zu erziehen, daß eine Heirat mit einem jüdischen oder farbigen Weib ausgeschlossen ist, oder daß bei solcher Heirat der Betreffende aussscheidet“, der folgende Abschnitt in die Grundsätze der DB eingefügt wurde: „Die Burschenschaft steht auf dem Rassestandpunkt; nur deutsche Studenten arischer Abstammung, die sich zum Deutschtum bekennen, werden in die Burschenschaft aufgenommen.“

Insgesamt hatte sich zu Beginn der 30er Jahre neben der Ideologie auch die politische Praxis der Burschenschaften an die der Nationalsozialisten nahezu vollständig angeglichen: Gemeinsam boykottierte man die „Verfassungsfeiern der Republik“, forderte den Ausschluß jüdischer Studierender von den Hochschulen, begrüßte die Einrichtung von „Rassenlehrstühlen“, agitierte gegen mißliebige Hochschullehrer und Dozenten, engagierte sich für die Errichtung von „Grenzlandlagern“ und betrieb Wehrsport. Letzteren begründete der Darmstädter Germane **Otto Schwab** - Leiter des „Akademischen Wissenschaftlichen Arbeitsamtes“ (AWA), das als Gemeinschaftsgründung der Korporationen die Wehrsport-Ausbildung der Studenten aus eigenen Mitteln betrieb, und späterer Stabsführer des SA-Hochschulamtes - in der Januarausgabe der „Burschenschaftlichen Blätter“ von 1929 damit, daß man „den Geist der Kämpfer von Langemarck (...)“ brauche. „Das war Offensivgeist, war Opfergeist, der das eigene werte Ich nicht mehr kannte, bei dem auch jede Problematik verschwunden war. Da brannte nur *das eine unverrückbare Ziel*: ‘Deutschland über alles’, oder wie der Arbeiter sang: ‘Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen!’ Der geistige Einfluß dieser stürmenden Jugend strahlte von Langemarck aus durch das ganze Heer, ihr aktives Sturmbeispiel zündete in allen Herzen. (...). Doch wie ist es heute? Und wie kann es in unserem geistigen Kampf um Deutschlands Erneuerung wieder so werden? Darüber haben wir nachzudenken.“ (Herv. i. Org.)

Alles in allem verwundert es nicht, daß die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ausdrücklich begrüßt und in die Kontinuität des eigenen Wirkens eingereiht wurde. Führende Verbandsfunktionäre schrieben im März 1933 in einem gemeinsamen Aufruf in den „Burschenschaftlichen Blättern“: „Was wir seit Jahren ersehnt und erstrebt und wofür im Geiste der Burschenschafter von 1817 jahraus jahrein an uns und in uns gearbeitet haben, ist Tatsache geworden. Das deutsche Volk hat bei der soeben abgeschlossenen Wahl zu den gesetzgebenden Körperschaften zum erstenmal seit der Schmach von 1918 bekannt, daß höchstes und oberstes Gut nationale Einheit und nationaler Freiheitswille sind. All unsere Arbeit galt immer dem deutschen Volke, an der Herbeiführung einer großen freien deutschen Nation tätig mitzuhelfen und mitzustreiten ist unser oberstes Gesetz. Die Willenskundgebung des deutschen Volkes, die der am 30. Januar von unserem, uns immer als Vorbild dienenden Reichspräsidenten von Hindenburg zur Führung unseres Volkes berufenen Reichsregierung das Vertrauen aussprach, besagt gleichzeitig, daß alles Trennende hinter dem Gedanken an die Nation zurückzutreten hat.“

Burschenschaften beteiligten sich an den rasch initiierten Kundgebungen zu den Siegesfeiern der „nationalen Erhebung“ genauso wie an der am 10. Mai 1933 unter Leitung der

„Deutschen Studentenschaft“ gemeinsam mit dem NSDStB und den anderen Korporationsverbänden durchgeführten Bücherverbrennung. Nur drei Tage vorher hatte die DB auf der Pfingsttagung in Berlin ihre Verfassung außer Kraft gesetzt und alle Vollmachten in die Hände des neuen Bundesführers Schwab gelegt, womit sie zu den Verbänden gehörte, die sich durch die Einführung des Führerprinzips selbst gleichgeschaltet hatten. In einem „Führerbrief“ vom Juli 1933 ordnete Schwab, der bereits einen Monat zuvor für die „freiwillige Einweisung in den NSDStB“ gesorgt hatte, einschneidende Veränderungen an: Die Durchsetzung des Führerprinzips in den Verbindungen, die Neuregelung der Verbandsgerichtsbarkeit, die rigorose Anwendung des „Ariernachweises“ und die Errichtung studentischer Kameradschaften. Ausdrücklich wies er darauf hin, daß die DB „ein nationalsozialistischer akademischer Bund“ sei, was er in seiner 1934 veröffentlichten Schrift über „Die Deutsche Burschenschaft. Wollen und Wirken in Vergangenheit und Gegenwart“ ausführlich begründete: „Das 'Burschenschafter-Parlament' der Paulskirche spann die Gedanken der Urburschenschaft und all das von Ideen, was im Laufe der Jahre die politischen burschenschaftlichen Studentenverbindungen gärend beschäftigte, fort. Dankbar erkannte der Baumeister des Zweiten Reiches, Fürst Bismarck, die Vorarbeit der Burschenschaft an seinem Werke an. In dem Gedankengut der Urburschenschaft erblickt auch die heutige Burschenschaft das Gesetz ihres Daseins in dem Bewußtsein, hierin die traditionelle Grundlage ihrer geistigen Verwandtschaft mit der neuen Weltanschauung des Nationalsozialismus zu besitzen.“

Im Dezember 1933 versicherte die DB durch **Karl Heinz Hederich** - unter anderem Mitglied des Sonderausschusses des „Allgemeinen Deutschen Waffenrings“ (A.D.W.) - Staatssekretär **Heinrich Lammers**, daß man in der „Judenfrage“ übereinstimme: „Die Frage der rassischen Erneuerung und der Wiedergewinnung des völkischen Artgefühls unseres deutschen Volkes ist die Grundlage und die wesentlichste Forderung des Nationalsozialismus, in der er sich von allen bisherigen revolutionären Bewegungen unterscheidet und die den Schlüssel abgibt zu all seinen anderen Forderungen und Zielsetzungen. Daher habe ich von allem Anfang an die Ansicht vertreten, dass Gemeinschaften, die sich zum Nationalsozialismus und seinen Aufgaben bekennen und dem Führer ein Treuebekenntnis ablegen, von sich aus in aller Klarheit die Voraussetzungen eines solchen Bekenntnisses erfüllten bezw. schaffen.“ Was darunter zu verstehen war, zeigte sich bereits im April 1934, als der Verband die Burschenschaften „Alemannia Bonn“, „Frankonia-Bonn“ und „Bubenruthia-Erlangen“ ausschloß, „weil sie die Bestimmung des Allgemeinen Deutschen Waffenrings, (...) hinsichtlich der jüdisch Versippten nicht durchgeführt und durch Nichtbefolgung der dazu gesetzten Frist das Ansehen der Deutschen Burschenschaft“ geschädigt hätten - sie hatten den „Arierparagraphen“ nicht auf ihre „Alten Herren“ angewandt, holten dies aber kurz darauf nach und legten den entsprechenden Bundesbrüdern den Austritt nahe. Nur ein halbes Jahr später trat die DB wegen ähnlicher Gründe - diesmal bildeten fünf der 104 Corps den Stein des Anstoßes - mit folgender Erklärung aus dem A.D.W. aus: „Nach burschenschaftlicher Auffassung erfordern der Ernst und die Wichtigkeit der Kameradschaftserziehung, die durch den jüngsten Erlaß des Reichserziehungsministers den Korporationen anvertraut ist, von den Bünden, daß sie sich zu *kompromißlosem Eingehen auf die Linie der NSDAP in der Zusammensetzung ihres Mitgliederbestandes entschließen*. Die Deutsche Burschenschaft kann sich nicht vorstellen, daß man den studentischen Nachwuchs zu nationalsozialistischen Kämpfern erziehen und ihn doch im 'Landesvater' mit Judenstämmlingen, jüdisch Versippten und Freimaurern bundesbrüderliche Treueschwüre tauschen lassen kann. Da die Deutsche Burschenschaft den Eindruck hat, daß im Allgemeinen Deutschen Waffenring *eine Einmütigkeit in grundsätzlich politischen und weltanschaulichen Fragen nicht hergestellt werden kann*, hat sie nunmehr den Trennungsstrich gezogen.“ (Herv. i. Org.) Insgesamt war die DB wie kaum ein anderer Korporationsverband bemüht, ihre „politische Zuverlässigkeit“ unter Beweis zu stellen, weshalb Schwab auch in einem „streng vertraulichen Rundschreiben“ die Hoffnung formulierte, daß sein Verband innerhalb der Hochschule die gleiche Stellung wie die NSDAP im Staat einnehmen könne.



„Korporierte“ des „Coburger Convents“ (CC) in vollem Wichs. Seine Vorläuferorganisation, der „VC - Verband der Turnerschaften an deutschen Hochschulen“, wurde 1938 aufgelöst

Nichtsdestoweniger wird bis zum heutigen Tag in Burschenschafterkreisen die Legende vertreten, der Verband sei als Gegner des Nationalsozialismus verboten worden, beispielsweise heißt es auf der Homepage der DB unter der Rubrik „Die geschichtliche Entwicklung der Deutschen Burschenschaft“: „18. Okt. 1935 zwangsweise Auflösung der Deutschen Burschenschaft“, was nur als Geschichtslüge bezeichnet werden kann. Tatsächlich beschloß der Verband am 6. Oktober 1935 in Leipzig die Auflösung und übergab am 18. Oktober des gleichen Jahres dem NSDStB-Führer **Albert Derichsweiler** auf der Wartburg die Fahne der Urburschenschaft. Der Nachfolger Schwabs, **Hans Glauning** („Germania Marburg“) bekannte sich, getreu dem „Vermächtnis der Urburschenschaft“, voll und ganz zum „Geist der nationalsozialistischen Revolution“ und gab mit folgender Proklamation die Vereinigung bekannt: „Auf Grund der mir am 6.10.1935 von allen Bundesleitern und Sprechern in Leipzig einstimmig erteilten Vollmacht löse ich mit dem heutigen Tag den Verband Deutscher Burschenschaften auf und stelle die aktiven Burschenschaften dem NSDStB als Kameradschaft mit der Bitte zur Verfügung, daß er die Tradition der Urburschenschaften zu treuen Händen übernehmen möge. Dies aber bedeutet: die besten Kräfte der Deutschen Burschenschaft vereinigt im NSDStB.“

Der Burschenschafter **Georg Heer** zog in seiner 1939 veröffentlichten Geschichte der Deutschen Burschenschaft Bilanz: „So konnte denn die vereinte Deutsche Burschenschaft seit dem Ende des Weltkrieges in vorbindlicher Weise auftreten für Rassenbereinigung, für Beseitigung des Parteiwesens und der Parlamentsherrschaft, für Wehrhaftmachung des deutschen Volkes und für den Schutz des Ausland- und Grenzlanddeutschtums, und sie trug nicht ohne Erfolg solche Bestrebungen auch in die gesamte Studentenschaft.“ Sie habe sich „als Wegbereiterin erwiesen für die Wiederaufrichtung des deutschen Reiches und Zurückführung der östereichischen sudetendeutschen Volksgenossen in das nunmehrige Großdeutsche Reich durch Adolf Hitler (...)“

Dem ist lediglich hinzuzufügen, daß Streitigkeiten zwischen DB und NS-Organisationen, insbesondere dem NSDStB nicht auf inhaltliche Differenzen zurückzuführen waren, sondern auf die Durchsetzung eines neuen, von der NSDAP organisatorisch kontrollierbaren Herrschaftsmodells. Die absolute Gleichschaltung widersprach den Vorstellungen einiger Burschenschaften, die sich in das Verbandsleben nicht hineinregieren lassen wollten. Die übergroße Mehrheit stützte jedoch aktiv das Herrschaftssystem des Nationalsozialismus; Widerstand, den Einzelne geleistet haben war deshalb auch zugleich Widerstand gegen den eigenen Verband und dessen politische Praxis und kann deshalb auch heute nicht als Verbandstradition ausgegeben werden.

Jakob Mettbach

Zufall schreibt man mit CV

Manfred Noe, ein Reiseprediger der Konrad Adenauer Stiftung

„Burschenschaft Hilaritas“ (Stuttgart), „Burschenschaft Germania“ (Trier), „Leipziger Universitätssängerschaft St. Pauli zu Mainz“, „Rheno-Palatia“ (Mainz), „Burschenschaft Frisia“ (Darmstadt), KDStV „Ascania“ (Bonn) und KDStV „Nibelungia“ (Darmstadt) sind nur einige Stationen des freien Dozenten der „Konrad Adenauer Stiftung“ und Diplomtheologen Manfred Noe bei Studentenverbindungen in den Jahren 1996 und 1997. Zum vielfachen Referenten in der Verbindungsszene wurde er aufgrund von Fax-Aktionen der „Konrad Adenauer Stiftung“ (KAS), die auf diese Weise regelmäßig bundesweit ihre Referenten den Burschen anpreist. Das „KAS Bildungswerk Mainz“, dem Noe angehört, trat dabei beispielsweise am 3.12.1997 in Mainz als Mitveranstalter auf, was auf eine Kostenübernahme hindeutet.

Zufall schreibt man nicht nur in Bonn mit CV. Noe gehört der KDStV „Greifenstein Breslau zu Frankfurt“, einer Verbindung des „Coburger Convents“ (CV), an. Benannt ist diese 1950 reanimierte Verbindung nach der „Wehrburg Greifenstein“ in „Schlesien“. Zu seinen Veranstaltungen reiste er zum Teil mit einem „Alten Herren“ des „Corps Hassia Gießen zu Mainz“ an, der die Funktion eines Moderators übernimmt. Bis hierhin ist dieses nichts besonderes: eine CDU-nahe Stiftung preist Studentenverbindungen einen Propagandisten an, der wiederum Verbindungsstudent ist. Auch die Themenwahl von **Manfred Noe** scheint hierhin zu gehören: „Unser Grundgesetz verstehen - die Entwicklung zum modernen Verfassungsstaat“ oder „Wer regiert Europa“.

Hannes Gnad von der „Burschenschaft Hilaritas“ - im Internet auf Noe angesprochen - konnte sich nicht mehr recht erinnern: „Das einzige, woran ich mich erinnere, war ein harter Kampf gegen die Langeweile. War kein guter Vortrag.“ Und: „Seine Haltung zum GG war so, wie man das von einem CDU-treuen Diplom-Theologen erwarten konnte: Sehr staatstragend, mit Betonung der abendländisch-christlichen Werte.“

Langweilig, christlich und grundgesetzkonform? Noe war Leiter und Mitreferent einer Veranstaltung der „CV-Akademie e.V.“ vom 28.-30.4.1995 mit dem Titel „Grundrisse der Staatstheorie - Ein Seminar in Zusammenarbeit mit Farbenbrüdern der Burschenschaftlichen Gemeinschaft“. Die zwei Farbenbrüder der völkischen Hardcorefraktion „Burschenschaftliche Gemeinschaft“ (BG) in der „Deutschen Burschenschaft“ (DB) waren die Münchner „Danuben“ **Hans-Ullrich Kopp** (ex „Junge Freiheit“, ex „Republikanischer Hochschulverband“ (RHV), ex Pressesprecher der DB, „Canstädter Kreis“, Referent beim „Staatspolitischen Club Frankfurt“, Vorstand des „Witikobundes“, dann bei **Heiner Kappel** ...) und **Alexander Rolf**. Ist Noe durch Zufall in schlechte Gesellschaft geraten? Lassen wir seine anderen Verbindungen sprechen.

Noe war 1995 (und ist noch?) eines von 15 Mitgliedern des „Staatspolitischen Clubs“ in Frankfurt, eines „Junge Freiheit“-Leserkreises, der vom „Institut für konservative Bildung“ teilfinanziert wird. Hinter diesem Institut steht der „Criticón“-Herausgeber **Caspar von Schrenck-Notzing**. Der Club tagt monatlich, wobei ein der politischen Orientierung der Referenten entsprechendes Publikum aus dem ca. 250 Personen umfassenden Postverteiler herausgesucht wurde. Teilnehmer bzw. Referenten des Clubs waren u.a. auch schon Hans-Ullrich Kopp, **Günther Deckert** (ex NPD-Vorsitzender), **Markus Zehme** (ex RHV, ex „Junge Freiheit“, dann „Russland und Wir“), **Ellen Schenke** alias **Ellen Kositza** („Junge Freiheit“) oder der Frankfurter Auschwitzleugner Prof. **Rainer Ballreich**. Tagungsort des Clubs waren, je nach Größe der Veranstaltung, verschiedene Gaststätten oder das Haus der VDSt. Der VDSt Frankfurt driftete 1969 nach rechts und trat aus seinem Dachverband aus, wie es in einer apologetischen Schrift heißt. Weniger freundlich ist die unter Verbindungsstudenten kursierende Darstellung, der VDSt sei wegen zu offenem Neofaschismus' ausgeschlossen worden. Der VDSt Frankfurt bezeichnet sich in einer „Criticón“-Annonce als „Studentenverbindung mit stark nationalkonservativer Ausrichtung“ und inserierte auch schon in der „Jungen Freiheit“.

Auch Noes Rolle als Funktionär des „Christlich Konservativen Deutschlandforums“ (CKDF) und seine Wahl zum Beisitzer im Vorstand der „Paneuropa-Union“, Landesverband Hessen, belegen seine Zugehörigkeit zur Braun-

Heiteres Doppelspiel von Hannes Gnad

Hannes Gnads („Burschenschaft Hilaritas Stuttgart“) erklärtes Ziel ist es, die Studentenverbindungen von dem Verdacht des Rechtsextremismus zu befreien. Die angeblich vorwiegend negative Darstellung der Studentenverbindungen in der Öffentlichkeit beruht für Gnad nicht auf einer tatsächlichen unzeitgemäßen Organisationsform, sondern auf dem Vermögen der VerbindungsgegnerInnen, die Medien zu instrumentalisieren. Um dieser phantasierten Übermacht entgegenzuwirken, archiviert er kritische Broschüren und Publikationen. Er sammelt ebenfalls Informationen über den politischen Hintergrund von KrittikerInnen (z.B. Zusammenarbeit mit der PDS) mit dem Ziel, diese bei Gelegenheit über den Vorwurfs des Linksextremismus politisch zu neutralisieren.

Seine Diskussionsstrategie etwa in der Newsgroup „de.soc.studium.verbindungen“ ist darauf gerichtet, kritische Analysen als unwissenschaftlich zurückzuweisen, Tatsachen als (vergangene) Einzelfälle darzustellen oder permanent auf Differenzierung zwischen Verbänden und Einzelpersonen zu bestehen. Informationen, die Studentenverbindungen schaden könnten, werden dabei bagatellisiert oder erst gar nicht erwähnt. Erfolge eigener Lobbyarbeit, z.B. das Herausfallen von Studentenverbindungen aus Verfassungsschutzberichten, werden gefeiert. Das Auftreten eines Referenten der Braunzone in der eigenen Verbindung ist für solch eine Strategie der Super-Gau.

Daß Gnads Strategie der Differenzierung eine Technik zur Verwirrung von Kritikern darstellt und nicht eine tatsächliche Bemühung, Differenzen unter Studentenverbindungen darzulegen, wird deutlich, wenn er in der nur für Verbindungsstudenten und „Alte Herren“ bestimmten interkorporierten Mailingliste (ikml) die Differenzierung zwischen Verbindungen als Manöver der Gegner darstellt:

„[...] From: Hannes.Gnad

[...] Das erste Ziel des Feldzuges [der Verbindungsgegner] ist es, einen Keil in die Korporationsszene zu treiben, um diese zu schwaechen. Das ist z. B. mit dem Krach DB/NDB schon erreicht, und geht mit gegenseitigen Abgrenzungserklaerungen (z. B. Marburger Erklaerung) weiter. Die Antiburschen lachen sich doch in's Faeustchen, wenn sie sowas zu lesen bekommen.

Und was sie dabei wirklich von irgendwelchen korporationsinternen Distanzierungen halten, kann man z. B. unter: http://www.student.uni-kl.de/users/sjuergen/Korporationen/ unter dem Stichwort: 'Mit Sonnwendfeiern gegen rechts - die Neue Deutsche Burschenschaft' nachlesen.[...] Erklaerung von Ulla Jelpke (PDS) [über Fördermittel an Studentenverbindungen] unter: http://www.pds-online.de/bt/presse/1997/05/19970522-001.htm

Der Grund ist denkbar einfach: Eine Verbindung ist keine PDS-Hochschulgruppe oder PDS-gleichschaltbar, also weg damit. [...]

Ja, das ist ziemlich lustig. Eigentlich sollten die Korporationen da viel selbstbewusster agieren und durch gezieltes Einladen von prominenten Antifas, PDS'lern und Antiburschen mal bei denen etwas Staub aufwirbeln. Dokumentation des „Falles Brie“ unter: http://www. [...]

Hannes Hv! FM“

zone. Noes Name findet sich ebenfalls auf der Unterzeichnerliste des „Kyffhäuser-Aufrufs" des „Bündnis Konservativer Kräfte Deutschlands" (BKKD) von 1996. Laut „Antifainfo Frankfurt" publizierte er in „Nation & Europa" und in „Criticón".

Nachdem Hannes Gnad im Internet von Noes Mitgliedschaften in CKDF und „Staatspolitischen Club" erfuhr („Huch, ich ahne einen zweiten Fall Roeder"), zeigte er sich ausgesprochen sauer auf die KAS und stellte die richtige Frage, wie denn die KAS dazu käme einen solchen Referenten zu vermitteln.

Einmal KAS und zurück

Zweck von sogenannten „Burschenschaftlichen Abenden", der z.B. durch Noes Referententätigkeit erfüllt wird, ist „ein Vortrag zu einem möglichst interessanten Thema" anzubieten, welcher auch dem „Bildungs- und Erziehungsanspruch" („Burschenschaft Hilaritas") gerecht wird. Dies trifft sich ideal mit dem Anspruch der politischen Bildung durch die KAS Mainz, die als Bildungswerk auch Fördermittel erhält.

Über diese formale Identität der Interessen - Verbindungen suchen kostengünstige Referenten und Bildungswerke können diese anbieten - stellt sich die Frage nach der politischen Verortung der KAS Mainz, die hier nur oberflächlich gestreift werden kann.

Einen ersten Hinweis dazu liefern die Vertrauensdozenten der KAS an der Mainzer Universität. Zur Zeit sind dies Professoren **Josef Joachim Menzel** und **Manfred Dömrös**, der **Eckart Klein** ablöste. Menzel und Klein gehören einem verwirrenden Geflecht aus Seilschaften der CDU, „Berufsvertriebenen" und Braunzonenaktivisten an.

Menzel (Mitglied u.a. der „Historischen Kommission für Schlesien" des „Ludwig-Petry Instituts", Mainz, des „Gerhard Möbius Instituts für Schlesienforschung", Würzburg, des „Instituts für Ostdeutsche Kirchen- und Kunstgeschichte", Regensburg, des „Katholischen Flüchtlingsrates", Königstein, sowie des Beirats des „Ostdeutschen Kulturrats" und des „Johann Gottfried Herder Forscherrates", Laudator beim „Georg Dehio Preises" der „Künstlergilde Esslingen" - einer „Witikobund"-Vorfeldorganisation, Mitautor der „Alternativempfehlungen" zur deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz) ist nicht nur an seiner Universität als extremistischer Vertriebenenforscher bekannt. **Michael Opitz** (ex „Sudetendeutscher Studentenbund") adelt Menzel in dem Büchlein „Schlesien bleibt unser" (Arndt Verlag, 1985) zum „deutschen Patrioten".



Fahnentragende Corpsstudenten beim „Coburger Convent"

Juraprofessor Eckart Klein - ebenfalls Mitglied des „Petry-Institutes" in Mainz - publiziert in den „Burschenschaftlichen Blättern" („Kontinuitätsproblematik und Rechtsstellung der deutschen Ostgebiete"; BBl. 4/1982) und ist Buchautor bei der „Kulturstiftung der Vertriebenen". Klein besitzt ein großes Herz für Korporationen. In Mainz trat er häufiger als Referent auf, etwa bei KStV „Normannia Greifswald", „Burschenschaft Germania Halle zu Mainz" (Mitglied der BG) oder „Landsmannschaft Hercynia Jenensis et Hallensis".

In die gleiche Richtung deutet auch ein Wochenendseminar der KAS-Mainz vom März 1996 über „Das Zusammenwachsen Europas - Eine Chance für Volksgruppen und Minderheiten". Explizit lassen sich nur zwei Regionen aus den Referatsthemen entnehmen: „Siebenbürgen" und „Elsaß-Lothringen".

Doch zurück zu den Studentenverbindungen. Die Verbindungen, die Noe als Referent der KAS besuchte sind unterschiedlich politisch orientiert: „Germania Trier" schaltete z.B. Anzeigen in der „Jungen Freiheit", „Hilaritas Stuttgart" bemüht sich um ein moderates Auftreten (siehe Kasten) und die „Sängerschaft St.Pauli zu Mainz" (fakultativ schlagend) nimmt Ausländer auf und versteht sich als „grün mit roten Punkten", was zu bezweifeln ist.

Christian Christians

Verfassungsbeschwerde gegen Pro-IGfM Urteil

Die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" (IGfM) ist,so wird in der Zeitschrift „Das Blättchen" geschlußfolgert, auf der Jagd nach dem Persilschein um ihre eigene Geschichte zu beschönigen. Dem ist die IGfM durch ein Urteil des Oberlandesgerichtes Oldenburg ein Stück nähergekommen. Die IGfM gilt gemeinhin als extrem rechte Organisation, die mit dem Verweis auf tatsächliche oder vermeintliche Menschenrechtsverletzungen gegen sozialistische Staaten und Befreiungsbewegungen agitierte und agitiert.

Nachdem die IGFM in Emden eine Ausstellung durchführte, schrieben drei Frauen aus der Region einen Leserinnenbrief, in dem verschiedene kritische Veröffentlichungen kurz zusammengefaßt wurden. Die IGfM verlangte von den Frauen eine Unterlassungserklärung und als sie diese nicht erhielt, reichte die Gesellschaft Klage ein. Das Landgericht Aurich urteilte jedoch, daß die Aussagen von der Meinungsfreiheit gedeckt seien.

Das OLG Oldenburg drehte am 28.11. 1997 das Urteil in zweiter Instanz um. Den drei Frauen wurde untersagt, die IGfM „als Organisation revanchistischer und faschistischer Prägung zu bezeichnen, deren strukturelle Vernetzung und personelle Verflechtung von ultrarechten Gruppierungen wie der Pan Europa-Union, dem Witiko-Bund, diversen Geheimdiensten etc. bis hin zur rechtsextremistischen Wehrsportgruppe Hoffmann reicht und deren Aktivitäten sich im wesentlichen auf die Unterstützung von Diktaturen konzentrieren." Das Urteil kam zustande, weil das umfangreiche Beweismaterial der drei Frauen nicht berücksichtigt wurde und das Gericht sich weigerte, benannte Zeugen vorzuladen.

Die IGfM reichte kurz vor der mündlichen Verhandlung eine detailierte Kommentierung der Beweismittel der Beklagten ein. Darin gaben sie zumeist den Frauen recht. So bestätigte sie, daß der, mit der „Wehrsportgruppe Hoffmann" einst eng verbundene „Hochschulring Tübinger Studenten" (HTS) mit der IGfM assoziiert war. Für das Gericht ist der Nachweis jedoch nicht erbracht worden, obwohl die Frauen hierzu beglaubigte Unterlagen aus dem Universitätsarchiv Tübingen schon in 1. Instanz vorgelegt hatten. Den Schriftsatz, in dem die Zusammenhänge von HTS und „WSG Hoffmann" vorgetragen wurden, kann das Gericht nicht ignoriert haben, denn es zitiert ihn in einem anderem Zusammenhang im Urteil.

Das Gericht führt aus, daß die „Verunglimpfung" der IGfM zu unterbleiben habe, weil der „Staatssicherheitsdienst" der DDR „Fehlinformationen" „gesteuert" habe. Dies gälte auch, wenn die Informationen richtig seien und, da die Beklagten auch Materialien zu Vorgängen aus den 90er Jahren vorlegten, offensichtlich auch für Informationen aus der Zeit nach dem Ende der DDR. Das Gericht bezieht sich dabei auf eine „Untersuchung" der „Gauck-Behörde". Eine solche Untersuchung existiert jedoch nicht. Das Gericht verweist auf einen Artikel der „Emder Zeitung", wo dies jedoch nicht steht, und auf einen Artikel in der FAZ. Dieser Artikel stammt zwar von einem Mitarbeiter der sog. „Gauck-Behörde", ist aber ausdrücklich als dessen eigene Meinung gekennzeichnet; hier wird die IGfM auch nur kurz erwähnt. Die Informationsquellen der Beklagten werden vom OLG bezweifelt, da hier auch Verbindungen (Vernetzungen) von rechtsradikalen Organisationen zur CDU/CSU aufgezeigt werden. Dieses decke sich jedoch nicht mit dem allgemeinen Verständnis, meint das Gericht.

Das OLG hat eine Revision ausgeschlossen. Die Frauen haben inzwischen Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt. In der 34seitigen Beschwerdeschrift berufen sie sich auf die Grundgesetz-Artikel 5, Abs.1, Meinungsfreiheit, und Artikel 103, Abs.1, Anspruch auf rechtliches Gehör vor Gericht.

Andreas Speit

Reflexion ohne Kontext

Anthroposophische Studie zu Steiners Rassismen

„Indianer sterben naturbedingt aus", „Neger haben ein starkes Triebleben" und „die Weißen sind eigentlich diejenigen, die das Menschliche in sich entwickelten". Solche Rassismen formulierte Rudolf Steiner nicht nur 1925 in einem Referat, sondern ähnliche „esoterische Weisheiten" konzipiert der Begründer der Anthroposophie und der Waldorfschulen in seinem Opus.

Keine neue Erkenntnis. Nur die „Allgemeine Anthroposophische Gesellschaft" (Sitz in Dornach/Schweiz) und die „Anthroposophische Gesellschaft in Deutschland" finden nicht den Weg zu dieser Weisheit. Außer den „Flensburger Heften", welche den „Unkritisierbaren" kritisierten, ohne das „Heiligtum" zu negieren. Bis dato.

Hoch offiziell resümierte eine Kommission der „Anthroposophischen Vereinigung" in den Niederlanden, daß in dem Gesamtwerk **Rudolf Steiners** 75 diskriminierende Passagen mit 12 strafrechtlich relevanten Formulierungen zu finden sind. Zu den Passagen zählt die Kommission in ihrer Mitte Februar vorgelegten Studie unter anderen Steiners Äußerungen, daß „Schwarze niedrige sexuelle Triebe haben", „Indianer unbrauchbare Menschen sind" und daß, wenn schwangere Frauen „Negerromane lesen, Mulattenkinder und Mischlinge entstehen". Oder seine Feststellung: „Malaien sind eine aussterbende Rasse", „Japaner können nicht selbständig denken" und die „Verpflanzung der Schwarzen nach Europa durch die Franzosen verderbte ihr Blut und ihre Sprache", weshalb Steiner den Französischunterricht in den Waldorfschulen unterband. Außerdem stellte die Kommission fest: Als Folge von Nachlässigkeiten werden an Waldorfschulen Stereotypen verwendet, die Diskriminierungen fördern".

Dies war auch der Anlaß einer Mutter von zwei Waldorfschülern Steiners „Geisteswissenschaft" in der niederländischen Öffentlichkeit kritisch zu thematisieren. Im Erdkundeschulheft ihrer Tochter hatte sie den Satz „Neger haben dicke Lippen und ein rhythmisches Gefühl" gelesen. Die veröffentlichte Diskussion in den Niederlanden zwang den „Bund der Waldorfschulen" und die „Anthroposophische Vereinigung" zum Handeln.

Die Kommission empfiehlt als Fazit, bei einer Neuauflage Steiners Werk mit kritischen Anmerkungen zu versehen und der Vorsitzende der Kommission, Ted van Baarda, betont: „Es widerspricht dem Wesen der Anthroposophie zu glauben, daß eine Einzelperson oder eine Gruppe minderwertig ist, weil sie eine andere Hautfarbe hat" und „es bei Steiner eine Zukunftsvision ohne Rasse, Volk und Nation gebe, weshalb er kein Rassist war, aber diskriminierte".

Nur das „Wesen der Anthroposophie" haben sie nicht reflektiert. Kaum thematisiert wird Steiners geschlossene Welt- und Menschenlehre, welche er im Rekurs auf die „Wurzelrassenlehre" der Theosophie konzipierte. In dem zentralen Standardwerk der Anthroposophie, der „Akasha-Chronik", propagiert Steiner neben anderen diese rassistsichen Konstruktion. Esoterisch verklärt deskribiert er „Rassen und Rassencharaktere" und fabuliert von niedergehenden schwarzen und höhersteigenden weißen „Rassen". Ebenso nicht ganz reflektiert die Kommission Steiners Zukunftsvision. Zwar prognostiziere er für die siebte nachatlantische Kulturperiode das Verschwinden der „Rassen", aber zur Zeit herrsche nach Steiner die fünfte nachatlantische Kulturperiode, wo die germanischen Völker die Weltgeschicke bestimmen - bis 3537.

Seit 1990 formulieren bundesdeutsche Repräsentanten der Anthroposophie nichts anderes. **Detlef Hardorp**, Bildungspolitischer Sprecher der Waldorfschulen in Berlin-Brandenburg und **Justus Wittich**, Mitglied des „Arbeitskollegiums der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland", betonen permanent die vermeintliche historische Intention der „Wurzelrassenlehre". Als neues Argument fiel Wittich zuletzt nur ein altes ein: „Es sind einfach mitstenographierte Aussagen". Schon der Redakteur der „Flensburger Hefte", **Thomas Höfer**, griff 1993 zu diesem Argument: „Beinah jedes Wort, das Steiner sprach, (wurde) aufgezeichnet und überliefert, ohne daß der Urheber es jemals wieder zu Gesicht bekam". Daß dieses Argument die weit über 300 Bände unter dem Etikett Rudolf Steiner in Frage stellt, fiel Wittich und Höfer nicht auf.

Anthroposophische Wege sind unergründlich und Steiner kein Rassist, wie d'accord die Anthroposophie in den Niederlanden und Deutschland resümiert.

Andreas Speit

„Semitische Zersetzungsfermente"

Anthroposophischer Antisemitismus

Rudolf Steiners Geisteswissenschaft will auf alle Fragen der Menschheitsentwicklung Antworten geben. 1931 entschlüsselte Ludwig Thieben in Rückgriff auf Steiner „Das Rätsel des Judentums". 60 Jahre später legte Thomas Meyer in seinem Baseler „Perseus Verlag" Thiebens Entschlüsselungen wieder auf und pries die Publikation als die „bis heute einzig umfassende Darstellung des Judentums aus anthroposophischer Sicht" an.

Bereits im November 1997 forderte die Aktion „Kinder des Holocaust" in Basel die „Allgemeine Anthroposophische Gesellschaft" (AAG) mit Sitz in Dornach/Schweiz auf, die Publikation aus dem Handel zu nehmen, da fast keine „antisemitischen und rassistischen Verleumdungen" ausgelassen würden.

Ludwig Thieden, vom jüdischen Glauben zur anthroposophischen „Geisteswissenschaft" konvertiert, versucht in seiner Publikation die „weltgeschichtliche Entwicklung des Judentums" darzustellen und beschreibt „die Juden" u.a. als „blutveranlagt", „gierig nomadisch" und „schmarotzerisch". So erörtert er seine Frage: „die in den Kern des modernen Judenproblems" führt: „Wie verhält sich nun jenes Volk das sich wie kein zweites durch seine Blutveranlagung gegen das Christentum sträubt (...)?" Und antwortet: Es „muß daran erinnert werden, daß der Arabismus (...) eine Variante des Judentums ist (...)", und „der Arabismus führt (...) zum stoffverschriebenen genialen Technikzauberer, zu den amerikanischen Geldmagnaten ebensowohl wie zu den bolschewistischen Gewaltnaturen". Warnend verkündet der Anthroposoph: „Dumpf fühlt man, daß der Arabismus und Romanismus, zu dessen Trägern sich die Juden (...) gemacht haben, den Untergang des Abendlandes herbeiführen" und „solange es diesen außerchristlichen Strömungen überlassen bleibt, das gesamte soziale, wirtschaftliche und rechtliche Leben zu gestalten, wird nie davon die Rede sein können, daß man des zweifellos vielfach ungünstigen Einflusses jüdischen Wesens Herr werde". Allerdings: „Um so rätselhafter aber wird uns die nachchristliche Erscheinung dieses kleinen Volkes, das seine Existenz nur dadurch rechtfertigen kann, daß es die Erfüllung seiner eigenen Mission (...) ableugnet". Allgemein könnte man von „einer spirituellzeitlichen Verblendung der Juden sprechen".

Nicht minder deutlich ist das vom Verleger geschriebene Nachwort. **Thomas Meyer** legt u.a. dar, daß „die Deutschen als die Juden der Moderne bezeichnet werden" könnten und „wenn durch die Leiden des Holocaust - innerhalb des Judentums - immer mehr Menschen die Augen aufgehen werden für die Tatsache, daß die erneuten 'Großtaten' Christi (...) in Wirklichkeit im ätherisch-übersinnlichen Geistbereich der Erde zu suchen sind, (...) so könnte es gerade der beste, sich fortentwickelnde Teil des Judentums sein, der dem Deutschtum in Zukunft bei der Verwirklichung seiner wahren Aufgabe beisteht".

Das hier im völkisch-esoterischen Vokabular die Shoa als notwendig beschrieben und die Opfer und Angehörigen beleidigt werden, wie Prof. Ekkehard Stegemann, Ordinarius am

Theologischen Seminar der Universität Basel und die Baseler Judaistin Heidy Zimmermann feststellten, sieht Meyer nicht. Er hält alles für ein „großes Mißverständnis".

Mittlerweile mußte sich die Schweizer AAG zu der Publikation verhalten und **Donald Vollen**, vom Vorstand im Goetheanum Dornach betonte: „Das Buch enthält nach unserer Auffassung tatsächlich zum Teil diskriminierende Äusserungen gegenüber dem Judentum, die wir keineswegs billigen können". Aber „da das Buch - einschließlich des Nachwortes von Thomas Meyer - ansonsten aus einer grundsätzlich positiven Einstellung dem Judentum gegenüber geschrieben ist, möchten wir es aber insgesamt betrachtet, nicht als antisemitisch bezeichnen".

Diese Einschätzung könnte aus **Rudolf Steiner**s „Entschlüsselung des Judentums" resultieren. Denn Steiners Erkenntnis ist nicht ganz so klar und deutlich, wie im Februar der Vorstand verkündete: „Aus dem Geist und Wesen der Anthropsophie ist es vollkommen unmöglich, zu irgendwelchen antisemitischen Äußerungen zu kommen". Zwar stellte der Begründer der Anthroposophie fest, daß das „jüdische Volk" ein außerwähltes, mit einer besonderen Mission und einer eigenen Kultur sei, die die Menschheit weiter brachte, doch ebenso beschrieb er den jüdischen Glauben als „Mondreligion" und als Ursache für die Feindschaft mit den Nachbarvölkern, da die Juden nur einen Gott und keinen anderen anerkennen würden. Was u.a. dazu führte, daß „ein gewisser Volksegoismus im Judentum (vorkomme), der nicht zu leugnen" sei. Grundsätzlich, so Steiner, „haben („die Juden") wenig Begabung für die Anerkennung der geistigen Welt", dafür „eine große Begabung für den Materialismus". „Nicht zufällig ist es, daß die Männer, welche (...) ganz materialistisch denken, den stärksten Einfluß in der letzten Zeit auf die europäischen Massen gehabt haben, Marx und Lasalle Juden waren". Dieses materialistische Denken bestimme auch die Medizin: „So ist aber auch da in der Medzin ein abstrakter Geist, ein abstrakter Jehova-Dienst eingezogen", aufgrund dessen „einzelne Naturgeister" nicht erkennbar wären, ebenso „was in den Kräutern und Steinen an Naturkräften enthalten ist".

Aber auch zu ihrem Schicksal, so weiß Steiner, haben „die Juden ja selbst furchtbar viel dazu beigetragen" und lange vor Thieben warnte er: „Wir sind noch nicht ganz christlich und die Einschläge semitischer Art von früher sind noch da, aber sie sind eben Zersetzungsfermente".

Auf offensichtliche Gemeinsamkeiten von Thieben und Steiner geht Donald Vollen nicht ein, stattdessen verweist er darauf, daß der" Perseus Verlag" ein von der AAG unabhängiges Unternehem sei, „auf das wir keinen Einfluß haben".

Dank der verkündeten Einschätzung von Thiebens antisemitischer Publikation dürfte die Bitte des Auschwitzkomitees an den Vorstand der AAG in der Schweiz und der Bundesrepublik ihren Einfluß geltend zu machen um den Handel in anthroposophischen Buchläden wenigstens zu unterbinden, ungehört bleiben. Anläßlich der christlich-jüdischen „Woche der Brüderlichkeit" hatten das Auschwitz-Komitee, zusammen mit der VVN-BdA und Pax Christi Internationale die Forderung der „Kinder des Holocaust" aufgegriffen.

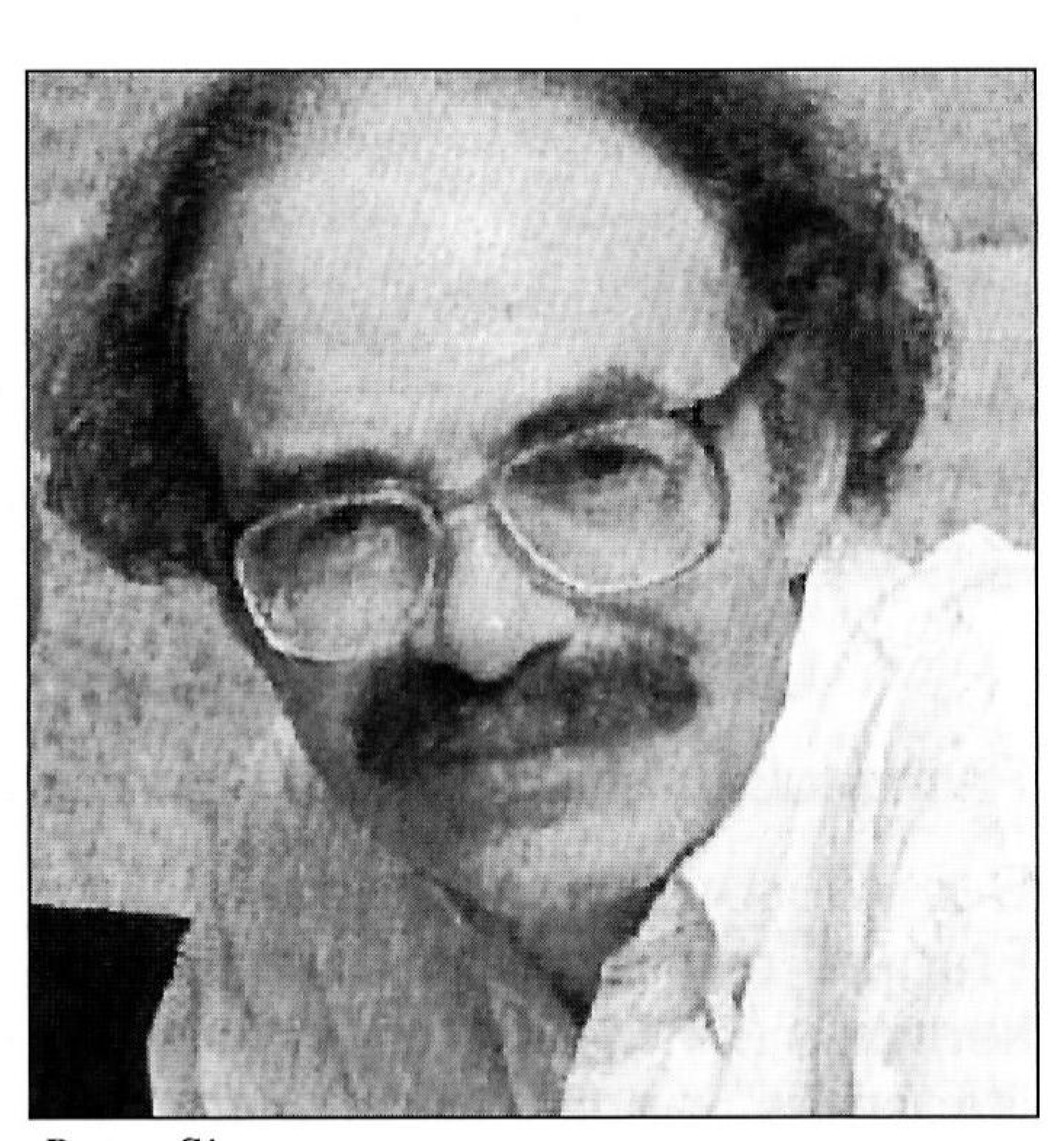
Bis dato kann das „Rätsel des Judentums" jedoch sowohl in schweizerischen als auch in bundesdeutschen anthroposophischen Buchläden erworben werden.

Franziska Franke

Praktische Ethik an der TU-Braunschweig

Peinliche Distanzierung im Nachhinein

„Ich räume hier ein Versäumnis ein" gestand Prof. Bernd Rebe, als ihm am 16. März 1998 VertreterInnen verschiedener Behinderteninstitutionen und des AStAs den „Braunschweiger Appell wider tödliche Philosophie" übergaben. Rund 2000 Unterschriften gegen das Proseminar „Peter Singer - sein Standpunkt und dessen Rezeption in Deutschland" mußte der Präsident der Braunschweiger Technischen Universität vor der Presse in Empfang nehmen. Seine Distanzierung von dem im Wintersemester 1997/98 veranstalteten Seminars Dr. Wolfgang Buschlingers überraschte.


Peter Singer

Als im Vorfeld des vergangenen Semesters der AStA kritisierte, daß bei dem Proseminar am Philosophischen Institut eine historische Einordnung von Singers Euthanasiepositionen fehlte, wie eine aktuelle Beachtung des gesellschaftlichen Kontext der Euthanasiedebatte, präzisierte Rebe noch auf einer Podiumsveranstaltung: „die Thesen von Singer müssen an einer Universität diskutiert werden, da dies eine Verpflichtung für die in Entscheidungsprozessen stehenden Gruppen sei, um Denkhilfen anzubieten". Das Singers „Hilfen" nicht helfen würden, da sie bei der Differenzierung von „lebenswert" und „lebensunwert", sowie bei der Negierung des Lebensrechts von behinderten Menschen endet, wie der AStA betonte, wollte Rebe bis zum 16. März nicht wahrhaben.

Nachdem der AStA in Zusammenarbeit u.a. mit der "Lebenshilfe Braunschweig", der "Evangelischen Stiftung Neuerkerode" und dem "Verband Deutscher Sonderschulen" (VDS) eine alternative Vorlesungsreihe anbot, gefiel Prof. **Bernd Rebe** und **Wolfgang Buschlinger** die eingeforderte „objektive akademische Debatte" nicht mehr. Unterstellungen zu den eingeladenen KritikerInnen verbreitete man in der Presse und an der TU hielt man die Veranstaltungsankündigungen zurück.

Während der Übergabe hob Rolf Tänzler von der "Lebenshilfe" hervor: „Das Prinzip des Helfens wird in Frage gestellt, wenn das Prinzip des Lebens relativiert wird", und Bernhard Issermeyer von der "Evangelischen Stiftung" erwähnte, daß die Gedanken Singers die geistige Grundlage für die NS-Euthanasie waren. Die VertreterInnen des AStA, als auch Klaus Bätcke vom VDS betonten: „Die Aufkündigung jeglicher Solidargemeinschaft ist die Konsequenz, wenn die Verwertbarkeit des Menschen und Kosten-Nutzen-Kalkulation die Ethik bestimmen". Kaum hatten sie ihre Argumente vorgetragen, versuchte Buschlinger sich erneut zu rechtfertigen. „Ich bin nicht behindertenfeindlich", aber „das menschliche Leben ist nicht um jeden Preis schützenswert".

Nicht nur die InitiatorInnen des Appells glaubten sich verhört zu haben, Rebe rutsche raus: "Ich bin erschrocken über ihre Argumentation. Hier vergaloppiert sich die Philosophie". Darauf hingewiesen, daß er seit Monaten etwas anderes sagen würde und sich schützend vor Buschlinger stellte, lenkte er ein: „Das würde ich heute nicht noch einmal sagen" und gab zu, niemals mit Buschlinger über das Seminar gesprochen zu haben. „Ich ging davon aus, daß dieses Thema selbstverständlich mit der gebotenen kritischen Distanz behandelt werde".

Um die Blöße seines Geständnisses zu verdecken, betonte er sogleich: „Ich kann mich nicht um den Inhalt jedes Seminars kümmern". Das dies aber als oberster Wissenschaftler im allgemeinen seine Pflicht ist, und im besonderen, wenn Monat über Monat Gegenstimmen und -veranstaltungen ein Semiar begleiten, überging er höflich. Selbst die "Braunschweiger Zeitung", welche sich zum Fürsprecher Rebes und Buschlingers gemacht hatte, schwenkte um. „Das Verhalten des Präsidenten, der öffentlich verteidigte, was er gar nicht kannte, ist nur peinlich zu nennen", kommentierte Jens-Thilo Schulz.

Für das Sommersemester 1998 bietet Buschlinger eine Vorlesung über Friedrich Nietzsche an. Ob Nietzsches Ideen, durch die „Vernichtung von Entarteten, Mißratenen, Schwachen und Parasitischen" u.a. die „menschliche Rasse zu veredeln" und „den Übermenschen heranzuziehen" als konstruktive Denk-hilfen dienen sollen, verriet der Dozent des Philosophischen Instituts nicht.

Stefan Peter

"Deutscher Bauchredner Singers" gibt auf

Mainzer Rechtsphilosoph "nach Protesten" in Rente

Der Mainzer Rechtsphilosoph Norbert Hoerster, Mitglied der "Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben" (DGHS), zu dessen "wissenschaftlichen" Auswürfen das Zur-Disposition-Stellen des Lebensrechtes Behinderter zählt, lehrt nicht mehr.

Der umstrittene Jurist bat - offiziell nach einer Protestaktion des Mainzer AStA gegen ihn im letzten Jahr - um die Versetzung in den Ruhestand, zudem zeigte er den AStA, bislang erfolglos, wegen Verleumdung an. Sein angeschlagener Gesundheitszustand und sein weiteres Bemühen um Berentung deuten jedoch darauf, daß dabei möglicherweise mehr eine "Dienstmüdigkeit" des als "chronisch abwesend bekannten Professors" im Spiel ist.

Zu dem wissenschaftlichen Repertoire von **Norbert Hoerstler** zählen Sätze wie: "Natürlich gibt es etwas wie ‚lebensunwertes' Leben. (...) Anstößig, ja empörend ist ein solches Urteil allein dann, wenn es - wie bei den Nazis - auf Kriterien etwa der Rassenzugehörigkeit oder der sozialen Nützlichkeit gefällt wird". Die Distanzierung von nationalsozialistischen Morden bleibt jedoch halbherzig. So schreibt er in einem Sonderheft der von ihm mitherausgegebenen Zeitschrift "Aufklärung und Kritik" zu Ehren des australischen Euthanasiepropagandisten **Peter Singer**: "Eben deshalb waren die allermeisten [sic!l der von den Nazis unter dem Stichwort ‚Euthanasie' durchgeführten Tötungen keine Aktionen der Sterbehilfe, sondern Morde." Für den Juristen, der auf dem umstrittenen Kongreß "Science Fiction 1995" in Heidelberg unter anderem ausführte: "Wir benötigen eine ethische Theorie davon, welche menschlichen Individuen ein Recht auf Leben haben", gab es wohl selbst bei den Nazis Behindertenmorde, die mit seiner Vorstellung der "Sterbehilfe" in Einklang stehen.

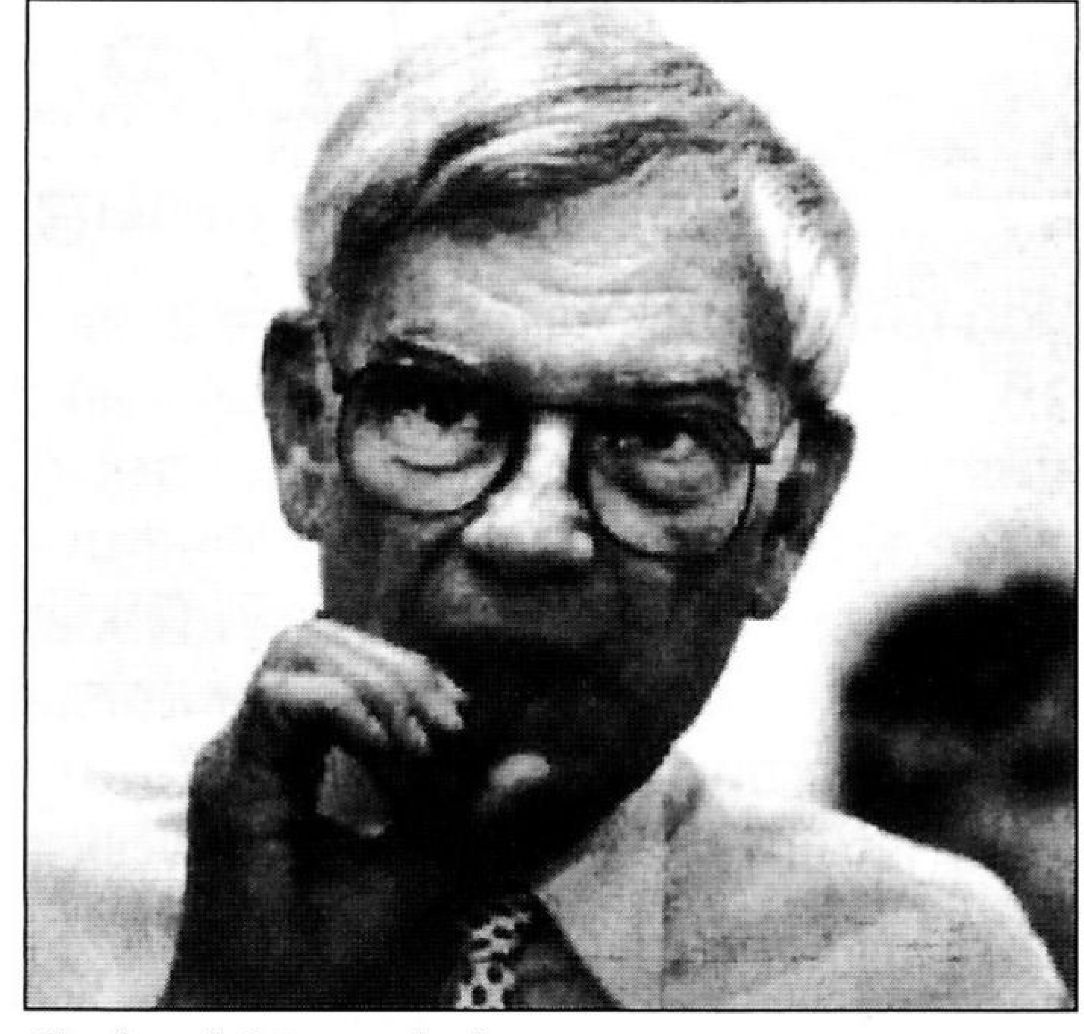
In Mainz plante der AStA im letzten Semester Gegenaktionen und den Boykott einer Hoerster-Veranstaltung. Da jedoch weder Studierende noch Hoerster selbst zum Seminar erschienen, beides nach Aussagen von Jura-Studierenden kein Einzelfall, wurden Aktionen und vorbereitete Presseerklärung abgeblasen. Dennoch protestierte der wegen Krankheit fehlende Hoerster beim Unipräsidenten und forderte die Durchsetzung des Hausrechtes. Weiter forderte er, ihn gegen die "verleumderischen, durch nichts gerechtfertigten Angriffe des AStA" - der hatte aus seinen Werken zitiert und logische Schlußfolgerungen gezogen - in Schutz zu nehmen. Da dies nicht im Sinne Hoersters geschah, bot er in einem Brief, der dem zuständigen Minister, der Unileitung sowie universitären Gremien und der Presse zuging, um Berentung, da ihm "eine fruchtbare Tätigkeit als Hochschullehrer an der Universität Mainz unter diesen Bedingungen nicht mehr möglich sei. Diesem Wunsch wurde entsprochen, Hoersters angekündigten Seminare müssen auch in diesem Semester ausfallen. Die Bestürzung darüber hielt sich jedoch aus nachvollziehbaren Gründen in sehr engen Grenzen.

Stefan Peter

Stimme aus dem Sumpf
Gerhard Löwenthal knüttert wieder!

Rechtsaußen-Multifunktionär agiert gegen "linksextremistische Verleumder"

Der Wiesbadener Journalist Gerhard Löwenthal, für die Zeitung "Zeit-Fragen" der rechten Politsekte "Verein für psychologische Menschenkenntnis (VPM) ein "ausgewiesener Kenner des kommunistischen Totalitarismus", anderenorts bekannt für "ultra-konservative Gegenpropaganda" im Rahmen des längst vergessenen "ZDF-Magazins", kämpft seit über 50 Jahren gegen die kommunistische Unterwanderung und Subversion.



Gerhard Löwenthal, 50 Jahre „Wanderer in rechten Welten"

Die Methoden des Journalisten, Initiators, Funktionärs, Mitglieds und Referenten zahlloser Organisationen rechter Provenienz entsprechen zum Teil denen bürgerlicher Anti-Antifa-Aktionen des eremitierten rechten Bonner Professors **Hans-Helmuth Knütter**. So bot der jüngste Löwenthal-Auswurf in der Rechts-Postille "Criticon" seine Kolumne "Linksextremistische Verleumder" - eine krude Mischung aus Totalitarismustheorie und Hetze gegen Linke oder von ihm dafür gehaltene.

Zu nennen sind die "einseitige und wissenschaftlich unseriöse Anti-Wehrmachtsausstellung des notorischen Linksextremisten Hannes Heer", das Aufgreifen der Knütterschen Hetzkampagne gegen den Journalisten Anton Maegerle, die eine Bedrohung durch Neofaschisten zur Folge hatte, die Diffamierung der antifaschistische Publikation "blick nach rechts" ("Hier werden grundsätzlich alle Nicht-Linken verunglimpft") und des "Handbuchs deutscher Rechtsextremismus" aus dem Verlag "Elefanten Press" ("Instrument der Denunziation nicht-linker Politiker und Publizisten") sowie die seltsam anmutende Kritik am "Maßnahmenkatalog der Streitkräfte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit", bei dem **Gerhard Löwenthal** die ausschließliche Verwendung des Begriffes "Rechtsextremismus" ("ganze neunundzwanzigmal") moniert, während "Linksextremistische Erscheinungen (sic!) ... mit keinem einzigen Wort vor(kommen)".

Der dies schreibt ist "jahrelanger Wanderer in rechten Welten" und wettert dabei gegen die "Diffamierungskampagnen", die "mit geradezu rattenhafter Wut von jenen Alt-68ern inszeniert" werden, die "Verwahrlosung durch Nicht-Erziehung zu ihrem Prinzip erhoben, die Drogenfreigabe und zügellose Promiskuität propagieren". (zit. nach Effler/Reihe: VPM – Die Psychosekte)

Der rechtsextremen, ausländerfeindlichen "Jungen Freiheit" erklärt er: "Die Unterwürfigkeit gegenüber der political correctness - dieser neudeutschen Umschreibung von Zeitgeist, einen Begriff, den ich mit Medienlynchjustiz übersetze - ist erschreckend und verspricht wenig Gutes für die Zukunft des Vaterlandes, wenn es nicht zu einer wirklichen Wende kommt." Im Geiste diese Wende agiert er seit Jahrzehnten in zahlreichen Zusammenhängen rechts der Union. Unter anderem dies führte dazu, daß er im letzten Jahr die Klage gegen die Erwähnung in der Grafik "Das rechtsextremistische Netzwerk" verlor, in der Löwenthal mit der von ihm mitgegründeten "Konservativen Aktion" (KA) namentliche Erwähnung fand und findet.

Das Ziel Löwenthalscher Agitprop offenbart er unbewußt den "Zeit-Fragen": "Einer der Grundsätze der psychologischen Kriegsführung heisst: Alles solange wiederholen, bis die Leide es kapiert haben. Das ist nach meiner Erfahrung, nach 52 Jahren Journalismus (...) etwas Entscheidendes." Löwenthal muß es wissen, schließlich wiederholt er sich seit über 50 Jahren.

Raimund Hethey

Faschistoides „Geistkapital“ der Anti-Antifa

Selbständige erklären sich als „Stimme der Mehrheit“

In der Tradition des 1892 in Köln gegründeten „Verbandes deutscher Gewerbevereine“ sieht sich der „Bund der Selbständigen (BdS) - Deutscher Gewerbeverband e.V.“ mit seinen 65.000 Einzelbetrieben und 150.000 kooperativen Mitgliedern, darunter 30 Bundestagsabgeordnete aus CDU/CSU, FDP und SPD mit Sitz in Bonn. Zusammen mit 19 anderen Verbänden bildet der BDS die Lobby des Mittelstandes auf der Liste des Bundestags.



Herbert Fleissner, rechter Großverleger und Mitbegründer der „Stimme der Mehrheit“

Die Interessen seiner Mitglieder vertritt der BDS im Mittelstandsbeirat des Bundeswirtschaftsministeriums. Er ist die größte Zuwendungsleitstelle des Bundesamtes für die gewerbliche Wirtschaft. Sein Verbandsorgan ist der monatlich erscheinende „Der Selbständige“ (früher: „Gewerbeanzeiger“). Sechsmal jährlich wird „Der Selbständige/Magazin. Zeitschrift für mittelständische Unternehmer“ vom „Bund der Selbständigen e.V.“, Landesverband Nordrhein-Westfalen, herausgegeben, der den aggressivsten Flügel des BDS repräsentiert. Im letzten Jahr kam eine weitere, für die faschistoide Logistik bedeutsame Zeitschrift hinzu: Der „Kompass“. Er ist das offizielle Organ der „Arbeitsgemeinschaft Freie Publizisten, Journalisten und Wissenschaftler im Bund der Selbständigen“ und wird vom Geschäftsführer des BDS **Joachim Schäfer** herausgegeben. Unterstützt mit Anzeigengeldern der „Allianz Versicherung“, des „Deutschland-Magazins“ und des Fleissner Verlagsimperiums „Wirtschaftsverlag Langen Müller Herbig“ aus München erscheint „Der Kompass“ ebenfalls sechsmal im Jahr. Die Arbeitsgemeinschaft hat sich den programmatischen Beinamen „Stimme der Mehrheit“ gegeben. Seit ihrer Gründung am 8. Mai 1997 mobilisiert sie vornehmlich Intellektuelle und Kaufleute für den rechten Rand der Gesellschaft.

Sie wollen die geistig-moralische Wende in Deutschland, die Kanzler Kohl 1982 verkündet, aber nach Auffassung der Selbständigen bis heute nicht verwirklicht habe und den Schulterschluß zwischen „Geistkapital“ einerseits und mittelständischem Unternehmertum andererseits herbeiführen. Unterstützung für dieses Ziel erhielt die „Stimme der Mehrheit“ Anfang dieses Jahres auch beim Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, **Wolfgang Schäuble**, der seine grundsätzliche Unterstützung für die BDS-Arbeitsgemeinschaft signalisierte, wie das Magazin „Der Selbständige“ in seiner ersten Ausgabe 1998 stolz verkündet. BDS-Geschäftsführer Joachim Schäfer, der als Ziehvater des Projekts „Stimme der Mehrheit“ gilt, beabsichtigt, gesellschaftspolitische Anliegen, die auch außerhalb der klassischen Mittelstandspolitik angesiedelt sind, in die Öffentlichkeit und in die Politik zu transportieren. Eines der ersten Themen, womit die honorigen Herren ihre Öffentlichkeit konfrontierten, waren die „Antifa-Diffamierungsstrategien“ gegenüber „konservativen Persönlichkeiten“. Besonders am Herzen lag ihnen die „Stigmatisierungskampagne“ wie sie es nannten - gegen **Ernst Nolte** und die „Ausgrenzungsaktionen“ gegen **Karlheinz Weißmann** und den „Linksextremismus-Experten“ **Hans-Helmuth Knütter**. In allen drei Fällen habe die „Stimme der Mehrheit“ die mahnende Stimme des Bundeskanzlers vermißt. Das Treffen zwischen Kohl und dem Sprecher von „Bündnis 90/Die Grünen“, Jürgen Trittin, für die Mittelständler ein „Altkommunist“, ist ihnen ebenso ein Dorn im Auge, wie die „Bekämpfung von neuen Parteien auf dem rechten Flügel“, die nach ihrer Auffassung auf dem Boden des Grundgesetzes stünden. Die Frage nach der Verhinderung weiterer Zuwanderung von ImmigrantInnen und die Bekriegung der „Ausländerkriminalität“ bilden das Zentrum ihrer politischen Aktivitäten. Den Ruck durch die Gesellschaft, den Bundespräsident Roman Herzog in einer Rede eingefordert hatte, verstehen die Mittelständler als Kampfansage gegen GewerkschafterInnen, die eine Umverteilung von oben nach unten verlangen. Wirtschaftsbossen, die in Billiglohnländern fertigen lassen würden und nur noch zum Golfspielen in der BRD weilen, wollen sie ins Stammbuch schreiben, „daß sie den Staat nur allzu sehr als Selbstbedienungseinrichtung sähen“. Um die genannten Probleme wolle sich die „Arbeitsgemeinschaft Freie Publizisten, Schriftsteller und Wissenschaftler im Bund der Selbständigen (BDS) - Stimme der Mehrheit“ laut ihrem Sprecher **Heiner Kappel** (BFB/OFD) nun verstärkt kümmern.

Kleinbürgerliche Machtphantasien

Ideologisch aufgearbeitet wird in den Köpfen der „Stimme der Mehrheit“-FanatikerInnen alles, was nach Vorstellungen des Verfassungsschutzes und denen seiner wissenschaftlichen Zuarbeiter als „rechtsextrem“ einzustufen ist. Vom platten Anti-Antifa-Gezeter über knallharte revanchistisch-expansive Ansprüche gegenüber Staaten aus Osteuropa bis zu Fremdenfeindlichkeit und menschenverachtendem Rassismus ist dort alles vertreten. Den Rahmen bildet eine gediegene Totalitarismustheorie und Gegnerschaft zur „political correctness“ und Ökologie. Kapitale Unterstützung bietet das Verlagsimperium von „Stimme der Mehrheit“-Mitbegründer **Herbert Fleissner**.

Die seit einem Jahr als „Stimme der Mehrheit“ organisierten kommen aus unterschiedlichen Parteien und Organisationen. Den parteilichen Hintergrund ihres sonstigen Engagements umfaßt in alphabetischer Reihenfolge den „Bund freier Bürger/Offensive für Deutschland“ (BFB/OFD), die CDU (insbesondere die „Mittelstandsvereinigung“ innerhalb der CDU), die ehemalige „Deutsche Partei“ (DP), die FDP (nationalliberaler Flügel).

Neben Beiträgen in Magazinen des BDS finden sich etliche Arbeiten in konservativen bis faschistoiden Blättern wie „Criticón“, „Deutschland-Magazin“, „Junge Freiheit“ und „Mut“.

Die Anzahl der durch die „Stimme der Mehrheit“-Mitglieder repräsentierten Verbände und Organisationen ist größer und unterstreicht ihre Bedeutung als Multiplikatoren: „Brüsewitz-Zentrum“, „Deutsche Gildenschaft“, „Deutschlandstiftung“, BKKD, „Landsmannschaft Ostpreußen“, „Margret Boveri Stiftung für Demokratieforschung“, „Mittelstandsinstitut Niedersachsen“, „Studienzentrum Weikersheim“, VDA und „Witiko-Bund“. Ehemalige Bundeswehroffiziere finden sich auch unter den Mitgliedern, sie werden gezielt von den BDS-Funktionären hofiert.

Neben ihrer publizistischen Tätigkeit machte eine Großzahl der Mitglieder durch aufwendige Anzeigenkampagnen auf sich aufmerksam. Sie unterzeichneten den Anti-Antifa-orientierten „Berliner Appell“, der am 28.09. 1994 in verschiedenen Zeitungen, darunter auch in der „taz“, erschien, den revanchistischen Aufruf zum 8. Mai, der in der FAZ vom 7. April 1995 abgedruckt wurde und den Aufruf zum Kyffhäuser-Treffen des „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands“ (BKKD) am 3. Oktober 1996, ebenfalls in der FAZ (vom 23.9.1996).

Kleines „Wer ist wer“ bei der „Stimme der Mehrheit“

Der ehemalige CDU Bundestags- und Europaabgeordnete **Wilfried Böhm** aus Melsungen ficht im „Kompass“ gegen eine Ausgrenzung von Konservativen, ohne die nach seiner Meinung der politische Extremismus nicht zu bekämpfen sei. Böhm denkt hier in erster Linie an sich selbst, weil er mit seiner Position, Kaliningrad zu einem neuen „Hongkong“ zu machen, Gebietsansprüche stellt, die gegen geltendes Völkerrecht verstoßen und zurecht als faschistoid bezeichnet werden können. **Fritz Böhringer** erläutert im „Kompass“ seine Formel, wie mensch „Über Mehrarbeit zu mehr Arbeit“gelangen könnte. Eine wirtschaftspolitische Formel, die sich energisch gegen alles richtet, was die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften seit 1918 sozialpolitisch durchgesetzt hat. Dr. **Lothar Bossle** aus Würzburg verteidigt mit seinem Beitrag „Amerikanische Luntenleger, deutscher Zündelfinger“ die Meinungsforscherin

Elisabeth Noelle-Neumann gegen Vorwürfe von Christopher Simpson im „Journal of Communication" (1996) und Otto Köhler (in „konkret"), Noelle-Neumann sei eine „Nazi-Kollaborateurin". **Klaus J. Groth** fordert die LeserInnen dazu auf „Zeit, 'Nein' zu sagen" zur „Political Correctness" und Dr. Heiner E. Kappel entwirft in seinem Beitrag „Verantwortliche Politik für morgen" sein zukünftiges Deutschlandbild. Er will die geistig-moralische Erneuerung Deutschlands - gegen Asylrecht, für Zukunftsausrichtung gegen Vergangenheitsbewältigung. Verleumderische Geschichtsumschreibung scheint bei den Mittelständlern anzukommen. So „schießt" **Karl Heinz Lincke** in „Che Guevara" allen Ernstes durch den Kopf, daß Helmut Kohl womöglich der „letzte Statthalter Che Guevaras in Europa" sein könnte. Aus der „New York Times" übernimmt er die Vermutung, daß Che heute ein „sanfter Kapitalist" sein würde. Seine These vom scheinbar naturwüchsigen Wechsel von „Links" nach „Rechts" belegt er mit der Biographie des früheren „konkret"-Herausgebers **Klaus Rainer Röhl**. In einem anderen „Kompass"-Beitrag, „Christliche Verantwortung oder Agonie", rezensiert er wohlwollend die Beiträge **Günter Rohrmosers** in einer „Doppelbroschüre", die von der „Gesellschaft für Kulturwissenschaft" vertrieben wird. **Hans-Jürgen Mahlitz**, Autor im „Deutschland-Magazin", beteiligt sich mit einem Verriß, „Die Weltkunst entdeckt den Schweinestall", der X-Documenta in Kassel am „Stimme der Mehrheit"-Projekt. **Ronald Schroeders** Artikel „Die deutsche Einheit - Sargnagel der Wirtschaft?", ist eine Apologie auf die Soziale Marktwirtschaft. Der ehemalige Präsident des BDS, **Willi-Peter Sick** (CDU), ist heute Sprecher der „Arbeitsgemeinschaft Ost/West im BDS". In „Bessere Regeln für eine humane Gesellschaft", setzt er sich mit bürgerlichen Reaktionen auf die Gründung der „Stimme der Mehrheit" auseinander und faßt die Bedeutung der neuen Organisation zusammen: „Unsere Vereinigung wurde schon bei der Gründung von einer bedeutenden Person als 'Kanzlerwahlverein' bezeichnet und damit abgelehnt. Ich bekenne mich dazu, daß ich das rot-grüne Verhängnis für mein Land verhindern will, und bei aller Kritik im einzelnen dafür bin, daß der 'Bismarck mit der Strickweste', wie Bundeskanzler Kohl in England auch genannt wird, die Richtlinien der Politik weiter bestimmt. Dies um so mehr, als sich zur Unterstützung der ES-PE-DE Schröder/Lafontaine neuerdings eine 'Aktion für mehr Demokratie' gebildet hat, in der sich ähnlich wie 1972 wieder alle Linken versammelt haben. So begeistert diese Aktion von der PC-Seite begrüßt werden wird, so entschieden wird man uns als rechts und erzkonservativ verteufeln. Aber wir haben uns zur Aufgabe gesetzt, Klarheit und Wahrheit in die politische Diskussion zu bringen und nicht nur vorgefertigte PC-Parolen gebetsmühlenartig nachzuplappern. Dazu gehört zum Beispiel auch die Verdrängung von Schuld anderer durch permanenten Hinweis auf die nationalsozialistische deutsche Vergangenheit. Ein trauriger Höhepunkt in dieser gesitigen Verwirrung ist das Buch von Goldhagen." [Der Kompass (1997), Nr. 6, S. 3-6].

Weitere MitbegründerInnen der „Stimme der Mehrheit", deren Gründung die faschistoide „Deutsch-Europäische Studiengemeinschaft" wohlmeinend kommentiert: Dr. **Uwe Greve** aus Kiel, Landesvorsitzender „Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung in der CDU/CSU", Prof. Dr. **Eberhard Hamer** aus Hannover vom niedersächsischen „Mittelstandinstitut", dem der BDS auch angeschlossen ist, der CDU-Bürgermeister von Neuhof (Kreis Fulda) und Nachfolger von **Alfred Dregger**, **Martin Hohmann**, der früher beim BKA in der Abteilung „Terrorismus" angestellt war und sich rühmt, SozialhilfeempfängerInnen schon 'mal zu „gemeinnütziger" Arbeit verpflichtet zu haben. Sein „Neuhofer Asyl-Impuls" fordert eine schärfere Gangart gegen MigrantInnen. Der bei der Terroristenhatz zu kurz gekommene bläst nun zur Jagd auf MigrantInnen: „Es kann doch nicht angehen", so Hohmann im Exclusiv-Interview mit dem Magazin „Der Selbständige", „daß das Aussprechen des Wortes 'Asyl' reicht, um sich hier über mehrere Jahre ein relativ gutes und gesichertes Dasein erschleichen zu können."



Klaus Hornung, Mitbegründer der „Stimme der Mehrheit"

MitgründerInnen sind ebenfalls Prof. Dr. **Klaus Hornung** aus Hohenheim, der Berufsschullehrer Dr. **Heinz Hug**, **Angelika** und **Hans W. Immerath**, Prof. Dr. **Hans-Helmuth Knütter**, **Peter Murmann**, Landesvorsitzender des BDS in Nordrhein-Westfalen, der Verleger und Hausfotograf des BDS, **Wolfgang Reschke**, der Rechtsanwalt und Unternehmensberater Dr. jur. **Achim Rohde** (FDP), ein ausgesprochener Haider-Fan, Dr. **Klaus Rainer Röhl** (FDP), Staatssekretär a.D. Dr. **Norman van Scherpenberg**, Dr. **Ute** und Prof.Dr.rer.pol. **Erwin K. Scheuch**, der ehemalige Generalmajor der Bundeswehr **Gerd Schultze-Rhonhof**, Prof. Dr. **Franz W. Seidler** von der Bundeswehrhochschule aus München, der frühere Generalbundesanwalt **Alexander von Stahl** (FDP), die CDU-Bundestagsabgeordnete und Kulturbeauftragte der CDU/CSU-Fraktion **Erika Steinbach** aus Frankfurt/Main und der Stichwortgeber zahlreicher Neo-FaschistInnen, der Gymnasiallehrer Dr. Karlheinz Weißmann aus Bovenden.

Frankreich: Nazi-Kollaborateur verurteilt

Das Schwurgericht in Bordeaux hat am 2. April den Nazi-Kollaborateur **Maurice Papon** wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt und ihm zugleich die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Die Geschworenen sahen es als erwiesen an, daß Papon zwischen 1942 und 1944 Beihilfe zur Festnahme und Inhaftierung von 72 Juden und 120 jüdischen Kindern geleistet hatte. Papon war damals Generalsekretär der Präfektur im Departement Gironde. Papons Verteidiger **Jean-Marc Varaut** kündigte Revision beim Kassationsgericht an. Er bezeichnete das Urteil als „krimineller als die Verbrechen, die Papon zur Last gelegt wurden". Nach seinen Angaben reagierte Papon auf das Urteil mit „Verachtung". Da der Angeklagte zu Prozeßbeginn auf freien Fuß gesetzt wurde, muß er die Gefängnisstrafe nicht antreten, solange das Oberste Gericht keine Entscheidung im Berufungsverfahren gefällt hat. Papon verliert durch die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auch seine Auszeichnung als „Ritter der Ehrenlegion".

Am selben Tag sprach ein Gericht in Versaille dem Präsidenten des neofaschistischen „Front National" (FN), **Jean-Marie Le Pen**, auf zwei Jahre die Wählbarkeit ab.

Frankreich: FN-Jugend

Die Jugendorganisation des „Front National" (FN), „Front National de la Jeunesse" (FNJ) führte Anfang Februar ihren dritten Kongreß in Paris durch, nach Eigenangaben mit mehr als 1200 Teilnehmenden. Bei dem Kongreß wies der FNJ-Vorsitzende **Samuel Maréchal** darauf hin, daß „diese Jugend" sich nicht frage, „was Frankreich für sie tun kann, sondern, was sie für Frankreich tun kann". Über 200 Kandidaten, die jünger als 30 Jahre sind, kandidierten bei den Regional- und Kantonalratswahlen für den „Front National" (FN).

Dänische Volkspartei

Mit dem Slogan „Stimm dänisch" unter der Vorsitzenden **Pia Kjaersgaard** erzielte die „Dänische Volkspartei" (DVP) bei den jüngsten Parlamentswahlen einen durchschlagenden Erfolg. „Stimm dänisch" hieß bereits die Aufforderung, als sich die Bevölkerung im Süden Jütlands 1920 für die Rückkehr ihres 1869 an Preußen verlorenen Landstreifens nach Dänemark entschied. „Wenn man die Grenzkontrollen entfernt, wird Dänemark von illegalen Einwanderern überströmt", lautete das rassistische Argument des DVP-Sprechers **Thulesen Dahl**, als er begründen sollte, warum seine Partei vor dem Referendum über den Amsterdamer EU-Vertrag für ein „Nein" agitiert. Die erst vor drei Jahren von der zerstrittenen „Fortschrittspartei" abgespaltene DVP gewann auf Anhieb 7,4 Prozent der Stimmen und ist mit 13 Mandaten die viertgrößte im Kopenhagener Folketing. Kjaersgaard war bereits 1984 ins dänische Parlament gewählt worden, seinerzeit noch auf der Liste der „Fortschrittspartei". Die DVP war von ihr 1995 gegründet worden.

Kurt Heiler

Zensur bei der Wehrmachtsausstellung in Aachen

Die Ausstellung, „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ gastiert vom 19.4.-19.5.98 in Aachen. Kennzeichnend für die Aachener Ausstellung sind ein breites Begleitprogramm, ein großer Besucherandrang, das Scheitern neofaschistischer Angriffe sowie die Ausgrenzung von Links und Rechts - analog dem staatstragenden Totalitarismuskonzepts. In Dresden hatte die Landeszentrale für politische Bildung eine ergänzende Ausstellung über die Kontinuität der Wehrmacht in der DDR-Volksarmee organisiert.

Podiumsdiskussionen mit Rechtsextremisten konnten ohne störende Anfeindungen als „Rahmenprogramm“ stattfinden. In Aachen wollte die „Bischöfliche Akademie“ zunächst **Alfred Mechtersheimer**, später dann Prof.Dr. **Franz W. Seidler** zum Gespräch bitten.

Nachdem AntifaschistInnen über diese Herren aufklärten und die Verhinderung der Veranstaltung ankündigten, sprachen sich die lokalen Organisatoren gegen diese Zumutung aus. Die Bischöfliche Akademie tat verschnupft und zog sich zurück. Ein Psychologe, der den armen Opfern der Ausstellung, den ehemaligen Soldaten, ein Betreuungs- und Beratungsangebot machte, wurde nicht im Rahmenprogramm akzeptiert. Der SPD-OB Linden stellte trotzig für diese „Aufgabe“ städtische Räume zur Verfügung.

Für das Begleitprogramm hatte die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) zwei Vorschläge eingebracht und war erstaunt, daß eine dieser Veranstaltungen vom „Hamburger Institut für Sozialforschung“ als nicht akzeptabel aus dem offiziellen Begleitprogramm rauszensiert wurde. Dies verweist auf tiefgehendere Auseinandersetzungen und kann Hinweise auf zukünftige Präsentationen der Ausstellung geben. Das „Hamburger Institut für Sozialforschung“ hat im Vertrag mit den lokalen Veranstaltern einen Passus unterschreiben lassen, der besagt, daß die Hamburger ein letztes Entscheidungsrecht beim Begleitprogramm haben, dieses also vorgelegt und genehmigt werden muß. Dieses Recht wurde hier in Anspruch genommen und ohne Begründung wurden zwei Veranstaltungen aus dem von den lokalen Veranstaltern vorgelegten Programm herauszensiert.

Zum besseren Verständnis folgen nun die Ankündigungen im Wortlaut, die jetzt unter der Rubrik „Weitere Veranstaltungen und Projekte“ außerhalb des offiziellen Rahmenprogramms angekündigt werden:

1.) „Schwarzbraun ist die Haselnuss - Schwarzbraun bin auch ich. Die Bundeswehr : Ein Hort der Reaktion“. Text: „Täglich kommen neue Nazi-Umtriebe in der Bundeswehr ans Licht der Öffentlichkeit. Die Bundeswehr ist von Wehrmachtsoffizieren gegründet, ausgebildet und geleitet worden. Traditionsstuben in allen Kasernen, Nazigeneräle als Namensgeber für Kasernen und das 'Liedgut' der Truppe zeigen, daß Neonazis guten Grund haben, die Bundeswehr als ihre Schule anzusehen. Gehorsam statt Demokratie, Kampf und Sieg statt Solidarität, Expansion und Durchsetzung eigener Interessen statt Völkerverständigung sind die Angebote der Bundeswehr. Keine Einzelfälle - der Fisch stinkt vom Kopf her!“

2.) „Aggressionen gegen Jugoslawien - damals und heute“. Text: „In der Veranstaltung sollen Unterschiede und Parallelen bei der Zerstörung eines souveränen Jugoslawien im Zweiten Weltkrieg und in den neunziger Jahren herausgestellt werden. Das Bombardement Belgrads im Jahre 1940 und die deutsche Besatzung werden ebenso behandelt wie die Rolle Deutschlands bei der Auflösung Jugoslawiens 1990. Mira Beham ist Autorin des Buches 'Kriegstrommeln' (München: dtv 1996), das die Rolle der westlichen Medien in den jüngsten Balkankriegen kritisch hinterfragt.“



Prof. Dr. Franz W. Seidler

Beide Veranstaltungen stellen wichtige Fragen, die sich aus dem Zusammenhang der Ausstellung ergeben, bzw. dort ihre Anknüpfung haben. Erkennbar sind es linke Veranstaltungen, die auch Aussagen zu aktuellen Auseinandersetzungen treffen wollen. Die Zensur dieser Veranstaltungen (gegen den Willen der lokalen Veranstalter) kann nur vor dem Hintergrund von Auseinandersetzungen im Institut für Sozialforschung selbst erklärt werden. Außerdem sind mögliche Veränderungen der Einstellungen der Ausstellungsmacher im Laufe der Präsentation zu beachten. Der Angriff aller „Ewig-Gestriger“ auf die Ausstellung hat zu einer - weiterhin richtigen - Frontstellung geführt, die die Linke auf Seiten der Veranstalter sieht.

Durchaus mögliche Kritikpunkte der Linken sind deshalb wenig diskutiert und formuliert. Diese Kritikpunkte könnten z.B. sein: hier wird ein neuer Schlußstrich unter die Geschichte versucht. Nach der Ausstellung ist das Thema abgehakt. Die Betonung individueller Schuld führt zur kollektiven Absolution.

Hannes Heer vom „Hamburger Institut für Sozialforschung“ erklärte den Wandel so: „Wir haben aus dieser Ausstellung gelernt, daß uns zu Anfang die historischen Fakten ein wenig zu stark imprägniert hatten, um die individuellen Schicksale wirklich wahrzunehmen.“ Der Tenor der „Erkenntnis“ ist (obwohl die Macher das so nicht wollten), daß jede Armee Verbrechen begangen hat, daß diese Verbrechen je individuelle Verfehlungen waren und daß die Zeit ja nun vorbei sei. Dieses „Ergebnis“ war vorhersehbar, da die lokalen Partner (Grüne, SPD, DGB, Friedenspreis, VHS) entweder aus finanziellen Gründen oder aus Gründen der politischen Opportunität bei den Regierenden bzw. regierungsnahen Kräften gesucht wurden. Die wichtigen Entscheidungen über neue Kriegsoptionen des deutschen Militärs sind gefallen, ohne daß die Ausstellung darauf Einfluß nahm und nehmen will. Die Bundeswehr ist heute Besatzungsarmee in Bosnien und keine Veranstaltung im Rahmenprogramm soll daran erinnern, daß vor ein paar Jahren selbst Rühe behauptete, die Bundeswehr könne wegen der historischen Ereignisse in Jugoslawien nicht eingesetzt werden. Die Bundeswehrführung hat die Ausstellung als Chance begriffen, sich von Teilen der Wehrmacht zu distanzieren. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Lehre aus der Geschichte für diese Klientel darin besteht, daß ein Krieg nicht mehr verloren werden darf. Erinnerungsarbeit auch auf dem Gebiet der Verbrechen der Wehrmacht wird so zum Behelfsmittel zur Neu-Fundierung einer „Nationalen Identität“, die per Definition nie links sein kann.

Auch die Ausstellungsmacher beziehen ihr Projekt in die Sicherung des Standorts Deutschland ein. Hannes Heer erklärte in einem Interview: „Und vielleicht werden wir uns dann auch in diesem Punkt die Anerkennung unserer Nachbarn verdienen.“ Die Einschränkung des Untersuchungsgegenstands auf die Zeit von 1941 bis 1944 suggeriert, daß andere Aktivitäten des deutschen Militärs weniger schlimm gewesen seien. (z.B. der Überfall auf die spanische Republik oder der Überfall auf Polen). Verbrechen finden im Krieg statt - der Beginn und die Planung eines Krieges aber sind die größten Verbrechen.

Was von den meisten Verteidigern der Ausstellung übersehen wurde, ist die Einbettung des Projekts Wehrmachtsausstellung in ein Totalitarismuskonzept, wie es vom „Hamburger Institut“ im Diskussionszusammenhang von „200 Tage und 1.Jahrhundert“ konzipiert wurde. Faschismus, Stalinismus und Hiroshima sollen - in einen (willkürlichen) Zusammenhang gebracht - die Verbrechen in diesem Jahrhundert erklären. Die Diskussion über ein solch modernes Totalitarismuskonzept verläuft widersprüchlich und kann nicht abgeschlossen sein, da die Totalitarismusthese zwar Mittel im Meinungskampf war und ist, nie und nimmer aber zur Theorie taugt. Die Ausstellungsmacher berufen sich auf „Kalte-Kriegs-Historiker“ wie Karl-Dietrich Bracher, der die „Aufgabenstellungen des Projekts quasi vorweggenommen“ habe, so Wolfgang Kraushaar. Die Zensur der beiden Veranstaltungen ist nicht auf individuellen Opportu-

nismus der Macher zurückzuführen. Die Anpassungsprozesse an herrschende Wissenschaftsdiskurse sind vielfältig, das politische Kräfteverhältnis ist so weit nach rechts verschoben, daß Anpassung der „natürliche" Vorgang, Widerstand die Ausnahme bleibt. Ergebnis dieser Überlegungen kann nur sein, auch an einer linken Kritik der Ausstellung zu arbeiten und in dieser Diskussion Perspektiven linker Aufklärungsarbeit und linker Friedenspolitik zu entwickeln.

Eingegriffen werden sollte in den Versuch einer Modernisierung der Totalitarismusthese. Beharrt werden muß auf der unnachgiebigen Kritik des deutschen Militarismus, dessen dritter Griff nach der Weltherrschaft verhindert werden muß, bevor sie ähnliche oder größere Verbrechen begehen wie die in der Ausstellung gezeigten. Verteidigt werden muß die Ausstellung gegen Neonazis und Ewig-Gestrige.

Angriffe von Neonazis zurückgewiesen

Die „Burschenschaft Libertas", eine eindeutig dem neofaschistischen Spektrum zuzuordnende schlagende Verbindung, ist z.Zt. vorsitzende Burschenschaft des Gesamtverbandes „Deutschen Burschenschaft". Um diese „Spitzenstellung" zu begründen und zu behaupten, mußten die „Liberten" sich als die Speerspitze der Kritik an der „Wehrmachtsausstellung" präsentieren. In Aachen ging das gründlich daneben.

Eine geplante Veranstaltung mit den **Reinhard Uhle-Wettler** und Franz W. Seidler konnte durch antifaschistische Intervention an zwei Orten verhindert, an einem dritten zum Abbruch gebracht werden. Mit dreistündiger Verspätung soll dann beim „Abtrunk" im Burschenschafthaus der „Teutonia" Herr Seidler gesprochen haben. Am nächsten Morgen sollte dann eine Demonstration vor der Ausstellung stattfinden. Die bundesweite Mobilisierung brachte 29 Burschen zusammen, die sich hinter einem Transparent mit der Aufschrift „Wissenschaftlich?" versteckten. Starke Polizeipräsenz konnte nicht verhindern, daß alle Versuche, eine Ansprache zu halten, im Tumult untergingen. Eine Hundertschaft Polizei mußte für den Rückzug der Burschen aufgewandt werden. Ergebnis dieses Desasters ist, daß die Nazi-Burschenschaftler, die 2 Sitze im StudentInnenparlament unter dem Tarnnamen „Aktiv" erreicht hatten, diesmal die notwendigen Unterstützungsunterschriften nicht zusammenbekam.

Alfred Schobert

„Junge Freiheit": Zombie auf dem Zeitungsmarkt

„Spiegel"-Leser wußten mal wieder mehr: Die rechtsextreme Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF) stehe „vor dem Ruin", meldete das Hamburger Nachrichtenmagazin im vergangenen Herbst. Daraus wurde nichts. Die JF hat auch diese ernste Krise überstanden. Die JF west fort, als Untoter, als Zombie auf dem Zeitungsmarkt. Ginge es nach den vielbeschworenen Gesetzes des freien Marktes und entschieden Nachfrage durch Abonnements und Kioskverkauf, so hätten die vorproduzierten Nachrufe auf die JF längst publiziert werden können. Materiell hält sich die JF nicht über die Nachfrage der Leserinnen und Leser und ein reguläres, seitens der zahlenden Inserenten betriebswirtschaftlich zu rechtfertigendes Anzeigeaufkommen.

Die „Nachfrage" (und damit der Geldfluß) läuft anders: Rechte Promis wie **Hans-Helmuth Knütter** mobilisieren in aggressiven Bettelbriefen Spenden des rechten Fußvolks, und der Großverleger **Herbert Fleissner** läßt so manche Mark springen. Es gibt genügend finanzkräftige Unterstützer, die ein politisches Interesse daran haben, daß die JF weiter erscheint. Aufrechterhaltung eines organisationsübergreifenden Diskussionsforums und Rekrutierung und kontinuierliche ideologische Prägung von Nachwuchs lauten die Aufgaben. Das war beim Start der JF nicht anders. Heute steht die JF allerdings vor einer stark gewandelten politischen Lage. Diese ist gekennzeichnet durch eine gewachsene und in sich ausdifferenzierte, kooperierende *und* konkurrierende rechte Organisations- und Parteienlandschaft und einen sich seit 1989 radikalisierenden Neokonservatismus. Daraus entstehen bestimmte strukturelle politische Zwänge. Die JF muß widersprüchlichen Imperativen gehorchen.

Die JF präsentiert einen ideologischen Brei aus den verschiedenen Spielarten von Völkischem Nationalismus. Hier einen einheitlichen politischen Kurs auszumachen, gleicht dem Versuch, im Schlamm zu fotografieren, denn die JF bündelt sehr heterogene Interessen. Die Mischung aus ideologischen Steckenpferden, Inkompetenz, Eitelkeit und weltanschaulicher Spinnerei, die Woche für Woche pragmatisch und opportunistisch in ein einer Zeitung ähneldes Papierbündel verwandelt werden muß, läßt sich kaum auf eine Linie bringen. Bedient werden in wechselnder Betonung folgende sieben Kernideologeme des Völkischen Nationalismus, die Helmut Kellershohn bei der Analyse der JF herausgearbeitet hat:

- die *Gleichsetzung von Volk und Nation*, also die Idee einer nach völkischen Kriterien homogenisierten Nation
- die *Überhöhung des Volkes* zu einem Kollektiv-Subjekt und daraus folgend die Relativierung besonderer gesellschaftlicher Interessen an der Vorrangstellung der *Volksgemeinschaft*
- die Rechtfertigung eines starken Staates, der das Ideal der Volksgemeinschaft mit Hilfe national gesonnener *Eliten* und/oder eines charismatischen *Führers* verwirklichen soll
- die *Heroisierung des Volksgenossen*, der sich opferbereit den Geboten der staatlich formierten Volksgemeinschaft freiwillig unterwirft
- die völkische (rassistische) *Konstruktion eines inneren Feindes* („unanständige Deutsche", Ausländer), um zu erklären, wer an der noch mangelhaften Verwirklichung der Volksgemeinschaft trägt (Sündenbockfunktion) und warum sich die Unterwerfung unter das Volksganze lohnt
- ein *biopolitisches Verständnis* des „Volkskörpers", sprich Bevölkerungspolitik zur Erhaltung der (deutschen) Bevölkerung, quantitativ und qualitativ
- ein *chauvinistisches Machtstaatsdenken*, das die Formierung der Gesellschaft in Form der Volksgemeinschaft als Voraussetzung *und* als Folge dessen betrachtet, daß der Staat die „nationalen Interessen" nach außen machtvoll geltend machen kann; dieser Vorrang der Außenpolitik beinhaltet die Festlegung auf einen äußeren Feind, der mit dem inneren Feind suggestiv verknüpft wird.

Den Sprung von der Monats- zur Wochenzeitung konnte die JF auf der Welle des nationalen Einigungsrausches und insbesondere der rassistischen Stimmungslage, die durch die Brandsätze des Streits um die Asylpolitik bestimmt war, wagen. Hier profitierte die extreme Rechte davon, daß Teile des konservativen Parteien (und etliche Sozialdemokraten) kaum gemäßigt demagogisch zündelten, die praktische Umsetzung aber längere Zeit noch blokkiert war. Beim Nachfolgethema des rassistischen Diskurses, der sog. „Ausländerkriminalität", ist die zeitliche Verzögerung so nicht gegeben. Bundesinnenminister Kanther verwirklicht, was er allerorts maßlos propagiert. Die Propaganda christdemokratischer Lautsprecher und etlicher Presseorgane ist beim Thema „Innere Sicherheit" nicht so leicht an Rabiatheit zu überbieten. Die JF hat es schwer, sich bei diesem Thema eigens zu profilieren.

Dies um so mehr, als ihr der Weg noch weiter nach rechts nicht bedingungslos offen steht. Nicht nur, daß sie ihr spezifisches Profil und ihre spezifische Funktion verlöre, wenn sie sich im Ton der **Frey**-Presse stärker angliche. Vom Ruch des Rechtsextremismus will sich das Blatt ja befreien. Um so ärgerlicher, daß der Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen ein wachsames Augen auf die JF geworfen hat und die diesbezügliche Klage der JF beim Verwaltungsgericht Münster scheiterte.

Der heuchlerische Anpassungskurs birgt eine Gefahr für die JF. Was soll eine Wochenzeitung, die - bei geringerer journalistischer Qualität - lediglich das brächte, was FAZ und „Welt" täglich und der „Rheinische Merkur" wöchenlich schreiben? Es sind politische Entwicklungen, über die die JF-Mannen generell hocherfreut sein dürften, die dem Zeitungsprojekt JF Probleme bereiten. Dies gilt für zahlreiche Themenfelder, auf denen die JF die Kernideologeme des Völkischen Nationalismus umsetzt, beispielsweise für Pangermanismus und Geschichtsrevisionismus.

Wenn es um „deutsche Ostgebiete“ geht, ist die JF immer dabei. Sie propagiert ein auf deutsche Hegemonie bzw. Grenzrevisionen zielendes „Mitteleuropa“-Konzept. Ebenso kümmert sich die JF um deutschsprachige Gebiete in Westeuropa, die der Pangermanismus im Visier hat. Da geht es um Südtirol, Elsaß-Lothringen und um die „Heimholung“ der ca 68.000 deutschsprachigen Belgier in den belgischen Ostkantonen. Doch auch hier fällt es der JF schwer, ein eigenständiges Profil zu wahren. Dies resultiert aus der Gleichzeitigkeit von Kooperation und Konkurrenz mit anderen Presseorganen einerseits, dem sich völkisch-nationalistisch radikalisierenden etablierten Konservatismus anderserseits. Gewiß gibt es dem Pangermanen einen Kick, wenn in der JF über den Zerfall Belgiens spekuliert wird und man sich gleich Gedanken macht, wie der deutschsprachige Teil auf die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz verteilt wird. Nur: dieser ausführliche JF-Artikel war fast wortgleich mit einem Artikel, der kurz zuvor im „Deutschen Ostdienst“ erschienen war, dem Organ des „Bundes der Vertriebenen“. Geht es gen Osten, fällt es nicht leicht, sich gegenüber dem „Ostpreußenblatt“ (und erst recht dem Jugendorgan „Fritz“) zu profilieren, das zudem in seinen allgemein-politischen Teilen der JF nacheifert, oft mit den selben Gastautoren. Die demonstrativen gegenseitigen Verneigungen von JF und „Ostpreußenblatt“ können nicht darüber hinwegtäuschen, daß beide um dieselben Marktsegmente konkurrieren.

Wie die gesamte rechtsextreme Publizistik, machte auch die JF die Agitation gegen die Wehrmachtsausstellung zu einem Schwerpunkt. (Zudem war JF-Personal diversen Aktivitäten gegen die Ausstellung beteiligt.) So wurde kürzlich in mehreren ausführlichen Artikeln **Franz W. Seidler**s Buch „Verbrechen an der Wehrmacht“ präsentiert. Doch auch hier ist die Konkurrenz stark und reicht weit ins Medien-Etablishment: „Focus“, öfter mit der JF per Du, hatte zuvor schon Seidlers Buch weit wirkungsvoller präsentiert. Der von vielen wohl gewünschte Kundendienst, Seidlers geschichtsrevisionistische Propaganda zu überbieten, ist der JF allerdings versperrt. Hier wirkt sich die Verschärfung des Gesetzes gegen Auschwitz-Leugnung aus. Die JF trennte sich von ihrem prominenten Autor **Armin Mohler**. Indes sind die Distanzierungen von den Auschwitz-Leugnern fadenscheinig, und häppchenweise wurden auch weiterhin einzelne Vorgänge der Vernichtung der europäischen Juden in der JF in Frage gestellt.

Die härtere Szene incl. der Militanten ist von der JF enttäuscht. Abfällige Bemerkungen über die „Junge Feigheit“ machen die Runde, die „Staatsbriefe“ giften (was Überschneidungen im Autorenstamm nicht ausschließt). Selbst das „Deutschland-Magazin“ mokiert sich über Biederkeit. Die Militanten werden durch die regelmäßigen Artikel aus der Abteilung Anti-Antifa bei Laune gehalten. Vorneweg kämpft hier Prof. Hans-Helmuth Knütter. Hier fällt die Gratwanderung zwischen kämpfendem Mob und reputierlichen (Jung-)Akademikern am leichtesten - der gemeinsame „innere Feind“ verbindet.

Die durch widersprüchliche Imperative verengten Spielräume bilden den Hintergrund für Konflikte in Redaktion und Umfeld. Sie bringen das Personalkarussel in Bewegung. Die personelle Auszehrung ist unübersehbar. Von den „starken Männern“, die die JF 1994 prägten, ist nur der programmatisch blasseste übriggeblieben, der opportunistische Pragmatiker **Dieter Stein**. Die Qualitäten (sofern das Wort in diesem Zusammenhang angemessen ist) dieser Fahne im Wind bestehen einzig darin, daß der Chefredakteur den Laden überhaupt zusammenhält. Intellektuell hat er (auch unter dem Pseudonym **Hans-Peter Rißmann**) nur Dürftiges zu bieten, seine weltanschaulichen Vorlieben bringt er kaum mehr zur Geltung. Früher schwärmte Stein gelegentlich gesamtdeutsch militärisch und konnte selbst der militärischen Disziplin der NVA etwas abgewinnen, auch setzte er mal nationalbolschewistische Duftmarken. Davon ist in letzter Zeit nur geblieben, daß die JF über jeden nationalen Laut, der seitens der PDS zu hören ist, ins Schwärmen gerät.

Andreas Molau, Vertreter der „Alten Rechten“ in der alten JF-Manschaft, mußte gehen, nachdem er allzu offensichtlich die Geschäftsgrundlage der JF in Frage gestellt hatte. **Hans-Ulrich Kopp**, strammster Burschenschafter, ist nun u.a. „Schriftleiter“ des „Witiko-Briefes“, wo er ohne Rücksicht auf Steins opportunistische Zensur großdeutsch sudeln kann. Planmäßig schied **Roland Bubik** aus. Ihn trieb es nach abgeschlossenem Studium der Betriebswirtschaftslehre zu neuen Karriereufern. Seine designierte Nachfolgerin hatte bereits lange vorher ihre Mitarbeit eingestellt und dies in einem „taz“-Interview öffentlich gemacht. Im Streit quittierte auch die Kulturredakteurin Angelika Willig im Herbst 1996 den Dienst; sie ist seither nicht mehr politisch aufgetreten.

Die Nachfolger, sofern über eine kostensparende Redaktionsverschlankung die Posten nicht unbesetzt blieben, konnten sich bisher keine markanten politisch-kulturellen Konturen erarbeiten. **Manuel Ochsenreiter** bspw. ist als Redakteur völlig überfordert. In ernsten Artikeln erweist er sich als Stümper. Versucht er sich witzig, sind die Resultate nur albern und erinnern an mittelprächtige Deutschaufsätze, in denen sich ein pubertierender Schlaumeier an der Anwendung des soeben zum Thema Satire Gelernten versucht.

Auch bei den langjährigen Stammautoren und -autorinnen der jüngeren Generation ist die Situation recht(s) trüb. Der bekennende Vertriebene **Claus-Michael Wolfschlag** präsentiert eine krude Mischung aus Heidentum, Esoterik und moderner Kultur. Wissenschaftlich dürftig, aber dennoch bemerkenswert ist Wolfschlags Buch „Hitlers rechte Gegner“ („Arun-Verlag“), denn es dient als eine Art Katalog völkisch-nationalistischer (und nazistischer) Referenzen, die man zugleich als 'widerständig' verkaufen kann. Die bekennende Vertriebene **Ellen Kositza**, Studentin in Mainz, wurde recht schmeichelhaft vom „Focus“ als eine Art schlesische Claudia Schiffer präsentiert. Doch das Mannequin mit nationaler Mission bietet in seinen Artikeln nur wenig zur politisch-kulturellen Orientierung: zumeist Kinokritiken, ab und an ein niveauloser weltanschaulicher Besinnungsaufsatz zur Traditionspflege, und - oft in Kooperation mit Wolfschlag - gezwungen Witziges zum „Zeitgeist“.

Derart substanzlos, fällt es der JF zunehmend schwerer, die nötige öffentliche Resonanz zu erzeugen. Der Reiz des Neuen, der vor einigen Jahren noch Anlaß zu zahlreichen Presseartikeln über die JF gab, ist verflogen. *The medium* allein ist keine *message* mehr. Gelegentlich schafft es die JF noch einmal, einen Gastautoren zu gewinnen, dessen JF-Flirt „taz“ und „junge Welt“ einen Artikel wert ist, so zuletzt **Horst Mahler**. Doch das ist nichts gegenüber der früheren Medienaufmerksamkeit; diese machte, da meist nur oberflächlich recherchiert und in einem panischen Warner- und Mahner-Ton gehalten, oftmals eher neugierig auf die JF und zog, die - wie eine ausgestiegene JF-Mitarbeiterin im „Hessischen Rundfunk“ erzählte, immer etliche Probeabos-Anfragen nach sich.

Solche Medienresonanz und ihr Werbeeffekt blieben der JF in der letzten Zeit versagt. Einen kurzzeitigen Erfolg konnte die JF allerdings Anfang 1996 in der Dark-Wave-Szene erzielen. Vom Österreicher **Jürgen Hatzenbichler**, vormals Neonazi, dann JF-Redakteur, vorgedacht und von Bubik langfristig vorbereitet, bandelte die JF per Anzeige mit der Musikzeitschrift „Zillo“ an. Dort hatte sich zuvor bereits der JF-Stammautor **Peter Boßdorf** als ständiger Mitarbeiter etabliert. Als eine Art JF-Hausband wurde „Forthcoming Fire“ gehyped. Nach längeren Auseinandersetzungen zerstob die angepeilte Kooperation mit dem „Zillo“ freilich. (Auch „Forthcoming Fire“ verspürt zunehmend Gegenwind und fährt eine völlig unglaubwürdige Distanzierungsstrategie. Die Auseinandersetzung in und um die Dark-Wave-Szene ist längst nicht ausgestanden. Andere sind gleichzeitig mit der JF, so **Werner Symaneks** Verlag VAWS, oder später auf diesen Zug aufgesprungen, so „Einheit und Kampf“.)

Ob der JF solch überraschende Züge (oder gar durchschlagende Erfolge) im Kampf um kulturelle Hegemonie noch einmal gelingen, ist angesichts ihrer zunehmenden intellektuellen Auszehrung zur Zeit eher unwahrscheinlich. Weil sie immer langweiliger wird, dürfte es der JF ohne entscheidende personelle Auffrischung schon schwer genug fallen, im dissonanten Konzert der sich restrukturierenden rechten Wahlvereine, also im eigenen Saft, hörbar mitzusingen. Entscheidend für die JF ist, was sich an den Hochschulen tun wird und ob sie hier mitmischen kann.

Gewiß bleibt die Auseinandersetzung (kontinuierliche Analyse, punktuell gezielte aufklärende Interventionen) mit der JF wichtig, denn sie hat bisher ihren Teil dazu beigetragen, daß die JF nicht den von den Machern erhofften Durchbruch erzielen konnte. In der Bandbreite antifaschistischer Aufgaben hat die Auseinandersetzung mit der JF an Bedeutung und Dringlichkeit verloren.

Literaturhinweis:
Helmut Kellershohn (Hrsg.): Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der „Jungen Freiheit“. Duisburg: DISS 1994

Der Autor ist Mitarbeiter im AK Rechts am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) und Mitautor des oben genannten Buches über die JF.

Jos Anders

„Wo Linke sind, da gibt es Ärger"

Naziskinangriff in Tostedt

„Von einer gewaltbereiten rechtsextremen Szene ist nichts mehr zu sehen", betont Bernd Rutkowski, Leiter des Streetworker-Projekts mit rechten Jugendlichen in Tostedt. Wenn doch, ist nicht seine „kleine braune Truppe" Schuld, sondern die Opfer der Übergriffe und Anschläge, die „provoziert haben". So auch in der Nacht vom 18. auf dem 19. April.

Gleich zweimal überfielen einen Tag vor Adolf Hitlers Geburtstag seine „gewaltfreien Jungs" in der 8.000-Seelen-Gemeinde in der Nordheide Mitglieder der Menschenrechtsinitiative "prison watch international" (pwi) und verletzten vier Menschen. Mit einer Schädelfraktur und inneren Blutungen liegt seit diesem Wochenende die 22jährige Lena B. im Krankenhaus. Erst Stunden nach der Tat konnten Ärzte ihren Zustand stabilisieren.

Nach Angaben der pwi-Vorsitzenden Heidi Lippmann-Kasten, erfolgte der erste Übergriff gegen 2.00 Uhr an einer Aral-Tankstelle. Etwa 15 Naziskinheads aus dem Umfeld der Tostedter Neonazi-Szene bepöbelten und bespritzten Kunden mit Bier, als zwei pwi-Mitglieder hinzukamen und sich wehrten. Provokation genug für Rutkowskis „friedliche Jungs". Zunächst griffen sie mit Reizgas Sidik A. und Lars G. an und attackierten dann Lars G. mit Schlägen und Tritten. Nach einer ärztlichen Notversorgung brachte die Menschenrechtsinitiative den 19jährigen ins benachbarten Buchholzer Krankenhaus. Nachdem sie nach Tostedt gegen 4.20 Uhr zurückkehrten, griffen die Naziskins die kleine Gruppe erneut an. Bei der weitaus brutaleren Attacke, so Lippman-Kasten, verletzten sie Lena B. sowie Sidik A. und Andreas K.

Als die von Anwohnern gerufene Polizei eintraf, verfolgte sie nicht die Täter, sondern nahm die Personalien der Opfer auf. Erst nach dreißig Minuten sei der Notarzt am Tatort eingetroffen. „Das war ein gezielter Angriff auf unsere Mitglieder", betont Lippman-Kasten. Dagegen sagt Uwe Lehmann vom Zentralen Kriminaldienst: „Die Angreifer wußten nicht, daß die Opfer Mitglieder der pwi sind. Wir gehen nicht von einem gezielten Angriff aus". Das die Naziskins den Opfer beim zweiten Mal auflauerten, ist für die Buchholzer Kriminalpolizei kein Indiz dafür.

Im Laufe der Nacht nahm die Polizei dann doch noch vorübergehend, einen betrunkenen 25jährigen Naziskin fest. Warum nicht gleich die Täter verfolgt worden sind, rechtfertigt Lehmann damit, daß ersteinmal der Sachverhalt geklärt werden mußte: „Wir können nicht alles gleichzeitig machen".

Mittlerweile ermittelt die Kriminalpolizei gegen 8 Personen, wobei 2 zu dem engeren Täterkreis gehören sollen. Nicht bestätigen wollen öffentliche Stellen, im Gegensatz zu Augenzeugen, daß zu dem Täterkreis Stefan S. zählt. Der Naziskin erschlug 1993 in Buxtehude zusammen mit einen Kameraden einen Kapitän, der im Streit mit ihnen Hitler als einen Verbrecher bezeichnete.

Wie Rutkowski möchte Lehmann nicht von einer organisierten militanten Naziszene in der Region Tostedt sprechen. Dabei machen die ca. 50 Naziskins um **Sascha Bothe** und **Sebastian Stöber**, beide JN-Mitglieder, seit Jahren von sich reden (siehe: DER RECHTE RAND Nr.45, März/April 97: „Tostedt goes braun ..." von D.Quante). Kaum hatte im Auftrag der Samtgemeinde Tostedt die „Reso-Fabrik" als Jugendhilfeeinrichtung, geleitet von Rutkowski, in dem Ortsteil Handeloh von Tostedt das Jugendtreff „Baracke" errichtet, wurde es dank Bothe und Stöber zu dem Anziehungspunkt der Naziskins für die gesamte Nordheide. Angriffe von Naziskins sind seitdem nicht mehr die Ausnahme, sonder die Regel.

Doch es ist nichts so, daß Rutkowskis akzeptierende Jugendarbeit keine Wirkung auf seine Jungs hätte. Diskussions- und reflektionsfähig für die Gemeinschaft geworden, verkündeteten sie gegenüber der Presse, daß der Vorfall an der Aral-Tankstelle von den Linken provoziert wurde und den „beiden Personen (...) war es bewußt, daß es Probleme gibt, wenn man als bekennender Linksextremist zwischen einer Gruppe Skins steht". Des weiteren, so die Pressemitteilung, bedauern sie ausdrücklich die schweren Verletzungen von Lena B., die „selbstverständlich nicht gewollt waren". Aber „auch künftig wird man in Tostedt mit dem Schlimmsten rechnen müssen, da die Provokationen von linker Seite nicht aufhören".

Offiziell hat Rutkowski sich noch nicht vor seine Schützlinge gestellt. Aber schon im Februar 1997 war er sich mit dem Großteil der Kommunalpolitiker im Samtgemeindeausschuß einig, daß die „Linken das Problem" seien: „Wo Linke sind, da gibt es Ärger".

Brandstifter ist NPD-Mitglied

In der Nacht zum 10.4.98 haben 5 Männer im Alter zwischen 17 und 28 Jahren versucht, ein Asylbewerberheim in Freiberg/Sachsen in Brand zu setzen. Dieser Brandanschlag wurde seitens der Polizei eine Woche lang verschwiegen. Erst 8 Tage später wurde der Anschlag als Erfolgsmeldung für gute polizeiliche Arbeit der Öffentlichkeit verkauft, weil die 5 Brandstifter - darunter das NPD-Mitglied **Heiko B.** - von der Polizei gefaßt werden konnten. Dieser Anschlag war nicht der erste in Freiberg. Ende März, fast zeitgleich mit der Gründung des Freiberger NPD-Kreisverbandes, haben bisher unbekannte Täter Fensterscheiben desselben Wohnheims eingeworfen. Ebenfalls unbekannt blieben die Täter, die zwei Wochen vor dem Brandanschlag Fenster des Wohnheims in Helbigsdorf/Freiberg einwarfen. In den Raum, in den die Steine fielen, übernachtete eine Familie mit ihren vier Kindern, die nur deshalb unverletzt blieben, weil ihre Matratzen am vormittag vor der Tat von den Fenstern verlegt wurden.

Während die Ratsparteien CDU, SPD, B'90/Die Grünen, und die PDS ebenfalls zu den Vorfällen schwiegen, hat die frisch gegründete NPD jetzt angefangen DIN A3-Plakate zu verkleben, auf denen sie sich als „Aufräumkommando" für Deutschland andient. Der Kreisvorsitzende der NPD, **Ullrich Lambrecht**, hat einen Brief an die PDS geschrieben, in dem er die Partei auffordert, ihre Jugend zu schulen, damit seine Organisation und die PDS gemeinsam gegen das Großkapital kämpfen könnten.

NPD-Werbung im Lokalfernsehen

Bereits vor Ostern war auf dem lokalen Fernsehprogramm ILM-TV im thüringischen Ilmenau jeden Abend eine Werbung der NPD zu sehen. Auf einer roten Schautafel rief der „Nationale Widerstand" auf, sich an der NPD-Kundgebung am 1.Mai in Leipzig zu beteiligen. Der Landtagsabgeordnete der PDS, Steffen Dittes, protestierte scharf gegen die Veröffentlichung und forderte den Sender auf, die Werbung der rechtsextremistischen Partei sofort aus dem Programm zu nehmen. Als eine Woche später die NPD-Veranstaltung erstmals durch die Leipziger Behörden verboten wurde, war der Aufruf noch im Programm. Nach erneuten öffentlichen Protesten, schaltete sich die Thüringer Landesmediensanstalt ein. Allerdings konnte sie keinen Verstoß feststellen und Konsequenzen blieben aus. Der Aufruf wurde zu diesem Zeitpunkt aus dem Programm genommen. Mit dem neuerlichen Protest, veröffentlichten Dittes und der innenpolitische Sprecher des PDS-Landesvorstandes, Carsten Hübner, ihnen vorliegende Informationen, daß die NPD-Werbung durch den damaligen Vizepräsidenten und Landesvorsitzenden des „Bundes der Vertriebenen", Dr. **Paul Latussek**, finanziert wurde. Latussek bestritt den Vorwurf und kündigte rechtliche Schritte an. Latussek war bereits im vergangenen Jahr in die Schlagzeilen geraten, als er bei einer Veranstaltung der „Gesellschaft für freie Publizistik" in Herford einen Vortrag gehalten hat. Der rechtskonservative und revanchistische Vertriebenenfunktionär ist ebenso bekannt durch zahlreiche Veröffentlichungen in rechtsextremen Zeitungen sowie durch seine Rede beim „Tag der Heimat" im September 1996 in Berlin, als er die Oder-Neiße-Grenze als „Unrecht" bezeichnete, bis sie als Grenze nberwunden wäre. Heute gehört er dem „Bund freier Bürger - Offensive für Deutschland" an und kandidiert als

Andreas Speit

„Was ist rechts an der Esoterik?"

An den Externsteinen im Teutoburger Wald finden sich seit Jahren ein illustres Spektrum von esoterisch und neuheidnisch Motivierten als auch esoterisch- und neuheidnisch-faschistisch Orientierten ein. Die einen nehmen in den Sonnenwendnächten die „positive Energie" des „magischen Ortes" auf, während die anderen auf der „germanischen Kultstätte" ihren keltisch-germanischen Göttern huldigen.

Mit ihrer Publikation „Kulte, Führer, Lichtgestalten" möchten Klaus Bellmund und Kaarel Siniveer die „Grenzbereiche von Esoterik und Rechtsextremismus aufdecken" und versprechen „Orientierungshilfen und Denkanstöße" zu geben. Doch das Versprochene halten die beiden Journalisten nicht immer ein.

Wie bei ihrer ARD-Fernsehdokumentation vom 13.März 1996, gehen sie in der Publikation davon aus, daß „rechte Rattenfänger" die „Esoterik als Mittel rechtsradikaler Propaganda" verwenden, um „arglose Anhänger" zu gewinnen. Die zentrale These impliziert, so gesehen, einen immanenten instrumentellen Charakter der Esoterik für die extreme Rechte, der aber so weder in der Historie noch aktuell gegeben ist. Daß sie diese These formulieren, könnte daraus resultieren, daß die theoretischen Quellen der Esoterik pauschal skizziert und die „religiösen Motive" der extrem rechten Theorien minimal thematisiert werden. So reflektieren sie u.a. die Anthroposophie und Theosophie, den Buddhismus und Hinduismus, als auch den Bioregionalismus und den Germanenglauben, sowie die Runenlehre, ohne Differenzierung auf der einen Seite und diskutieren auf der anderen u.a. die Ariosophie und die „Germanische-Glaubens-Gemeinschaft", die „Thule-Gesellschaft" und die „Gylfiliten", den „Asgard-Bund" und „Armanen-Orden", sowie das SS-Ahnenerbe ohne theoretischen Kontext.

Das Nebulöse der religiösen Termina hat das Fragmentarische in der Analyse zur Konsequenz, wie die Negation der tradierten immanenten Motive der extrem rechten „Religiosität". Ihre direkte Kontinuität reicht von der völkischen Bewegung (1871 - 1918) bis zu den sich neurechts Gebenden, die aktuell die Respiritualisierung des Denkens und Remythologisierung der Politik propagieren. Konseqeunterweise beachten Bellmund und Siniveer dies nicht, ebenso wenig wie die deutsch-christliche Strömung. Statt dessen findet **Reinhold Oberlercher** ausführlich als „der Theoretiker" und **Jürgen Rieger** als „neurechter Esoteriker" Beachtung. Das Oberlercher sich selbst dies nur wünscht, und Rieger sich als Neuheide versteht, fiel den Journalisten bei ihren „intensiven Recherchen" nicht auf. Ebenso nicht, daß **Alain de Benoist** nur einen Essay über „Rassismus" in „Multikultopia" geschrieben hat, die **Stefan Ulbrich** herausgibt, und nicht alleiniger Autor der Publikation ist.

Konsequenterweise sehen sie auch esoterische Phänomene unscharf: u.a. die „Quelle der Weisheit" oder den „Bund zur Förderung der Menschenkenntnis", deren Bedeutung und Einordnung unklar bleiben. Die Unschärfe resultiert mitunter aus einer ungenauen Herleitung. Ab und an führen sie neuheidnische Organisationen und naturreligiöse Theoreme an, wenn sie die „rechten Mittel" der Esoterik darstellen wollen, oder verweisen auf einzelne theoretische Facetten und personelle Kontakte, um die Gesamtheit einzuschätzen. Ungenau ist nicht minder ihre Trennung von „guter" und „böser" Esoterik, wobei die „Gute" unterwandert und mißbraucht werden könnte. Nur wo im Rekurs auf die kritische Sekundärliteratur zu der Thematik argumentiert wird, sind ihre Thesen und Analysen transparent und stringent.

Ausnahmen bestätigen die Regel: Die kritische Reflektion des „Weltbund zum Schutz des Lebens", der „Mazdaznanbewegung" und der „Bruderschaft Salem" ist sowohl in der theoretischen Analyse als auch politischen Relevanz stringent. Wobei sie alte Fakten bündeln und neue anführen.

Auch Tanja Hartwigs Thesen in ihrem Exkurs über Esoterik und Feminismus im Spannungsfeld zur extremen Rechten sind transparent. Allerdings leidet die Kritik, festgemacht am New Age und dem „Wicca-Kult", etwas an der Kürze des Exkurses.

Auf den ersten Blick präsentieren Bellmund und Siniveer eine fundierte Kritik, die diverse Phänomene thematisiert. Doch auf den zweiten Blick kristallisiert sich eine fragmentarische Reflektion heraus, die als Einstieg in die Thematik nicht dienlich ist. Zu problematisch sind ihre Thesen und Analysen. Die präsentierten Fakten jedoch komplementieren und aktualisieren diverse Facetten der Esoterikkritik, wobei ein Blick in die gängige kritische Sekunddärliteratur konkretisiert. In diesem Sinne halten sie ihre Versprechen und geben „Orientierungshilfen" und „Denkanstöße".

Klaus Bellmund, Kaarel Siniveer: Kulte, Führer, Lichtgestalten; Knaur; 16,90 DM

Direktkandidat für den Bundestag im Wahlkreis 307, Suhl-Ilmenau.

Freispruch für Goertz bestätigt

Das Hamburger Landgericht hatte **André Goertz**, den ehemaligen Hamburger Vorsitzenden der inzwischen verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP), 1995 vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen. Goertz, der auch schon als Sprecher der „Burschenschaft Germania" in Hamburg tätig gewesen ist, war zur Last gelegt worden, daß er mit dem Begriff „Auschwitz-Mythos" den Holocaust leugnen würde. Über das „Nationale Infotelefon Hamburg" war behauptet worden, daß durch den Film „Schindlers Liste" der „Auschwitz-Mythos am Leben gehalten" werde. Vor dem Oberlandesgericht wurde am 25. März 1998 dieser Freispruch nun bestätigt. Das Landgericht sah 1995 in dem Begriff „Mythos" kein Synonym für „Lüge", was von der Staatsanwaltschaft vertreten worden war. Das Oberlandesgericht hatte im März nur noch zu beurteilen, ob dem Landgericht juristische Fehler unterlaufen waren: „Rechtsfehler liegen keine vor. Wir hatten nicht zu entscheiden, ob der Ansagetext Ekel erzeugt."

„Gesellschaft für freie Publizistik" tagte in Gera

Vom 24. bis zum 26.April tagte in Gera (Thüringen) die „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP). Der „Deutsche Kongreß - Mut zur Freiheit" fand in der Nobelhotelkette „Dorint" statt. Als Redner der als geschlossen firmierenden Versammlung konnten einige prominente Rechtsextremisten gewonnen werden. Es referierte neben **Thor von Waldstein**, **Karl Baßler**, **Harald Neubauer**, **Reinhard Uhle-Wettler** auch der Bonner Anti-Antifa-Vordenker **Hans Helmuth Knütter**.

Die „Gesellschaft für freie Publizistik" besteht seit September 1960 und ist damit eine der ältesten rechtsextremistischen Organisationen der Bundesrepublik. Gegründet vom ehemaligen stellvertretenden Reichspressechef der NSDAP, **Helmut Sündermann**, gilt sie noch heute als kulturelle Scharnierorganisation rechter Autoren, Verlage und Zeitschriften. Ihr derzeitiger Vorstand besteht dementsprechend aus bundesweit bekannten Rechtsextremisten wie **Rolf Kosiek** (ehem. Landtagsabgeordneter der NPD in Baden-Württemberg), **Peter Dehoust** (Vorstandsmitglied der „Deutschen Liga für Volk und Heimat") und **Karl Waldemar Schütz** (ehem. Hauptsturmführer der „Leibstandarte Adolf Hitler" und früherer Landtagsabgeordneter der NPD in Niedersachsen).

Im Selbstverständnis der GfP heißt es denn auch: „Seit 1960 gilt unser geistiger Kampf den Entstellungen in der deutschen Geschichtsschreibung", und noch 1992 wurde „eine grundlegende geistige Wende im gesamten Deutschland: u.a. Schutz vor Überfremdung, Beendigung der Umerziehung" gefordert.

Zu Beginn der Versammlung protestierten AntifaschistInnen, GewerkschafterInnen und Mitglieder der PDS vor dem Eingang des Hotels. Die Geschäftsleitung des Hotels wurde nach eigenen Angaben erst an diesem Tage über den Charakter der Veranstaltung informiert und sah keinerlei Möglichkeiten mehr, die Veranstaltung zu verhindern.

Andreas Speit & Helena Krumm

Der Vorleser

Mit „Der Vorleser" erzählt Bernhard Schlink eine Liebesgeschichte, die sich im Laufe des Romans als eine symbolhafte Erzählung über deutsche Vergangenheitsaufarbeitung entpuppt. Ein gewagtes Unterfangen.

Michael ist der erzählende Protagonist, der mit der zwanzig Jahre älteren Hanna seine erste leidenschaftliche Affäre erlebt. Jeder Besuch des 15jährigen bei ihr verläuft nach demselben Ritual: „Vorlesen, duschen, lieben und noch ein bißchen beieinanderliegen (...)." Eines Tages, ganz plötzlich, verschwindet Hanna spurlos, und die Beziehung endet abrupt. Michael versucht den schmerzlichen Verlust zu übergehen, erst später wird ihm klar, daß er die Erinnerungen an Hanna niemals bewältigt hat.

Jahre später begegnen sie sich im Gerichtssaal wieder: Michael als prozeßbeobachtender Jurastudent, Hanna als angeklagte ehemalige Aufseherin in einem nationalsozialistischen Konzentrationslager, die Gefangene gequält und in den Tod geschickt hat.

Michael bleibt Hanna den ganzen Prozeß über auf der Spur, doch seine Gefühle sind wie betäubt. Ängste, Anklagen, Selbstvorwürfe, Entsetzen und Schmerz finden sich erst nach einem körperlichen Zusammenbruch bei ihm ein.

In dieser Spannung entwickelt Schlink über Michael als Erzähler Fragen und Annäherungen an Positionen zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Dabei beschäftigt er sich vor allem, und dies mit sezierendem Blick, mit seiner eigenen, nämlich der Nachkriegsgeneration: Es geht um den Generationskonflikt, die Anklagen an die Tätereltern, das Verleugnen eigener Schuldigkeiten, um Verdrängung und Aufklärung sowie um die Kommunikation über das Grauen der Naziverbrechen. Diese fast kriminalistische Erforschung ist eingebettet in die fragmentarischen Erinnerungen des Erzählers an seine innere Auseinandersetzung mit der Angeklagten.

Die einfühlsame, klare Sprache und die einnehmende Aufrichtigkeit der kurzen Erzählung besticht. Forschende ethische Fragen werden gestellt und Antworten bewußt offengelassen. Schlink vermeidet eine einfache Einteilung in gut und böse, sein Protagonist gibt sich keiner totalen Distanzierung von Hanna hin und produziert dadurch ein moralisches Unbehagen beim/ bei der LeserIn.

Allerdings bergen das Offenlassen und die bloßen Annäherungen in diesem Kontext die Gefahr, zu einer Entschuldung der TäterInnen zu tendieren. Vielleicht feiern gerade deshalb die RezensentInnen den Roman.

Schlink riskiert, sich in dieser Ambivalenz zu verfangen, und ermöglicht Interpretationen der indirekten Entschuldung der Täter und Täterinnen. Dabei ist seine Intention die Suche nach einer „Moral, die nicht relativiert" (Margarete u. Alexander Mitscherlich) und einer Möglichkeit des Trauerns. In jeder Zeile, in jedem Satz ist dies zu erahnen. Aber inwieweit sich die Intention in dieser literarisierten Form zwischen Liebes- und Aufarbeitungsgeschichte wirklich erschließt, ist eine Frage, die zur Diskussion einlädt. Wie der gesamte Roman.

Bernhard Schlink: Der Vorleser, Diogenes Verlag, 1997, 14.90 DM (Gebundene Ausgabe 1995).

Die Kunst des Vertuschens

Offizielles Vertuschen des Ausmaßes von Brandanschlägen

"Es gibt fünf Arten der Lüge: Die gewöhnliche Lüge, den Wetterbericht, die Statistik, die diplomatische Note und das amtliche Communiqué." (George Bernard Shaw). Nach der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke ist die Auskunft über Brandanschläge mit "vermutetem oder tatsächlichem ausländerfeindlichen und/oder rechtsextremistischen Hintergrund" (Bundestags-Drucksache 13/9989) Beispiel für Lügen der letzten Art.

Die Bundesregierung spricht von 26 Brandanschlägen mit "fremdenfeindlichem Hintergrund" im vergangenen Jahr. Doch dies ist nur ein Bruchteil der Brandanschläge, über die in Zeitungen berichtet worden ist. Nach Durchsicht der Presse des Jahres 1997 wurden neben den von der Bundesregierung aufgelisteten Brandanschlägen noch mindestens 28 weitere auf Flüchtlingsunterkünfte oder von AusländerInnen bewohnte Häuser verübt. Ebenfalls Ziel von Brandanschlägen waren eine Obdachlosenunterkunft in Lübeck, ein von behinderten Menschen bewohntes Haus in Frankfurt/Oder, das Haus eines Menschen mit jüdischer Herkunft in Babenhausen, ein autonomes Zentrum in Freiberg, drei türkische Imbißstände und ein vietnamesischer, eine türkische Gaststätte und ein Kindererholungszentrum. Außerdem wurden auf mindestens sieben Kirchen Brandanschläge verübt. Der Pfarrer einer dieser Kirchen setzt sich für Kirchenasyl ein und gewährte Flüchtlingen Asyl. Die Täter hinterließen an den Außenwänden der Kirchen faschistische Symbole oder Texte.

Über das Büro von Ulla Jelpke kann eine Liste der Brandanschläge angefordert werden, die aus verschiedenen Quellen zusammengestellt wurde.

Bezugsadresse:
Ulla Jelpke, MdB; Bundeshaus, 53113 Bonn; Email: u.jelpke@pdsll.pds-online.de